# Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 251. Sonnabend den 27. Oktober 1849.

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 41. Sitzung vom 25. Oktober.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung $12\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministertische: v. Ladenberg, v. Manteuffel, v. d. Heydt, Simons.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Urlaubsgesuche werden mitgetheilt und bewilligt.

Die Tagesordnung geht zur Fortsetzung der gestern vertagten Debatte über.

Berichterstatter v. Beckerath: Es hat sich gegen den Vorschlag, daß die Prinzen geborne Mitglieder der ersten Kammer seien, in der Kommission keine Stimme erhoben.

Als den ersten Vorschlag betrachte ich daher, daß die erbliche Stimmberechtigung der früheren Reichsmittelbaren festgestellt werde. Man stellt diese mit den Prinzen in gleiche Linie und doch sind sie durch die neuesten Abänderungen des Staatsrechts in die Reihe aller übrigen Unterthanen eingetreten. Zwar sollten sie nach der Bundesakte den ersten Stand in den betreffenden Staaten bilden, aber daraus folgt noch nicht das Recht ihrer erblichen Vertretung in unserer Verfassung, da jene Zusage sich auf ganz andere Institutionen bezog. Eben so wenig kann für Inhaber der Thronlehen ein Abänderungs-Vorschlag Annahme finden, da nur von dem Standpunkte aus, welche Elemente in der ersten Kammer dem Staate förderlich sein können, über Bildung der ersten Kammer entschieden werden kann. Ich kann daher auch dem Abgeordneten für Prenzlau nicht beistimmen, wenn er sagt, man möge sich hüten, den Standesherren ein Recht zu nehmen. Ich erkenne kein Recht und halte dafür, daß also auch keins genommen werden kann. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1846 die Ritterschaft mehrerer Provinzen erklärt hat, daß die Zeit der Privilegien, der Vorrechte vorüber sei.

Es ist gesagt worden, daß nach Lage der Dinge dem hohen Adel keine Gelegenheit gegeben war, sich in der allgemeinen Entwickelung und in deren Interesse hervorzuthun. Diese Gelegenheit war aber da und ist nur nicht benutzt worden. Auch ist im vereinigten Landtage es ausgesprochen und der Krone gesagt worden, daß es an der Zeit sei, das Volk an dem staatlichen Leben einen innigeren Antheil als bisher Theil nehmen zu lassen, und es wird nicht in Vergessenheit gekommen sein, wer diese Männer besonders waren. (Bravo! Zischen.)

Es ist also sehr fraglich, ob nicht diejenigen, welche die Entwickelung hemmen wollten, schuldiger an den eingetretenen Erschütterungen sind, als welche sie besonnen unterstützten. (Bravo!) Dem Volke aber wird schwer abzugewöhnen sein, was es einmal mit Zuneigung oder mit Abneigung ergriffen hat. Die National-Versammlung hatte den Sinn des Volkes für das Königthum verkannt, daher dieser kräftig wieder durchbrach. Das preußische Volk ist durch das Königthum stark geworden, und wenn der hohe Adel hieran keinen Theil genommen, so kann man sagen, daß trotz des Adels jene Kräftigung des Volkes durch das Königthum erfolgte.

Der Abgeordnete für Barnim-Angermünde hat gesagt, daß die Bourgeoisie nach unten aristokratisch, nach oben radikal sei. Ich möchte ihn fragen, ob sich das in der National-Versammlung zu Berlin und Frankfurt herausgestellt habe.

Wird die erste Kammer nach dem Vorschlage der Kommission gebildet, so wird sie es mit der Zustimmung der Krone; wird aber eine erbliche Pairie geschaffen, so kann diese nur als aus ihr hervorgegangen und daher als gefährlich betrachtet werden.

Der Vorschlag der Vertretung des Interesses wird keine freundliche Aufnahme finden, da sie dem modernen Staate nicht entspricht. Im Mittelalter, bei einer scharfen Sonderung der Stände, wäre sie am Orte gewesen. In dem Aufgehen der Standes-Interessen in dem allgemeinen Landes-Interesse beruht ja unsere allgemeine Wehrpflicht, ja unser Staatsbürgerthum. Es muß daher für jede Kammer vermieden werden, auch nur durch einen Schein der Vertretung ständischer Interessen neuen Kämpfen Nahrung zu gewähren. Die Interessen-Vertretung führte daher auch nothwendung zu dem Vorschlage der Vertretung durch Bischöfe und Oberrabiner und der Armee, und es müßten dann auch eben so gut die Aerzte und andere Stände Vertretung finden.

Am wenigsten würde ich von allen Vorschlägen dem mich anschließen, ein ferneres Provisorium für die Bildung der ersten Kammer fortbestehen zu lassen. Soll zum dritten Male eine unfertige Verfassung aus den Berathungen der Legislativen hervorgehen, so möchte das Urtheil des Landes doch ein ungünstiges sein.

Ich fordere daher dringend auf, solche Impotenz-erklärung zu vermeiden. Die Wahl der sämmtlichen Mitglieder erster Kammer möchte doch erhebliche technische Schwierigkeiten mit sich führen. Bedeutender aber noch ist die mannigfache Verschiedenheit unserer Provinzen, und besonders von den Rheinprovinzen wurde daher schon für die Vereinigung der Provinzen in einem vereinigten Landtage gedrungen. Sehr leicht könnten durch die Provinzenvertretung für Gewerbe und Handel Majoritäten sich bilden, die dem Ganzen nicht heilsam wären, und ich glaube, daß ohne die Bezirksvertretung das Staatsinteresse mehr gefördert wird, ohne das Interesse der Provinzen zu vernachlässigen.

Was die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 240 betrifft, so halte ich den Mangel an ausreichend gebildeten Männern im Staate für keinen Grund gegen jene Zahl, da ich jenen Mangel zur Ehre unseres Vaterlandes nicht einräumen kann; die Erhöhung selbst aber halte ich für nöthig, um das Ansehen der ersten Kammer gegenüber der zweiten zu erhöhen.

Der Vorschlag, daß zwei Drittheile der Kammermitglieder durch die Bezirksvertretung gewählt werden sollen, hat ihre gute und üble Seite. Es ist schon angeführt worden, daß ein gefährlicher Parallelismus zwischen den Kreisvertretern und den Wahlkörpern der zweiten Kammer sich ergeben werde, was ich aber nicht zugeben kann.

Der Herr Minister des Innern hat gesagt, er wünsche, daß Beruhigung und Verständigung bald eintreten können. Wir theilen diesen Wunsch. Wenn nun auch hochehrenwerthe Männer an der Wahl sich nicht betheiligen zu können glaubten, so haben wir es doch, wenn auch nicht ohne Ueberwindung, gethan, in dem Wunsche, dem Vaterlande in schwerer Zeit zu dienen. (Bravo! Zischen.)

Man hat nun auch vorgeschlagen einen Theil der Mitglieder für die erste Kammer nur aus Grundbesitzern hervorgehen zu lassen. Das war allgemeiner Modus für die Provinzialstände, die Verfassung vom 5. Dezember enthält aber nichts davon, und ich halte es daher für bedenklich, zu solchem Modus wieder zurückzukehren.

Von allen gemachten Vorschlägen würde ich mich am liebsten für den Antrag des Abgeordneten Riedel in Verbindung mit dem Antrag der Kommission erklären. Zwar verlangt auch er eine Vertretung des Grundbesitzes für einen Theil der Mitglieder der ersten Kammer, aber er hat nicht die Grundsteuer allein, sondern alle direkte Steuern als Maaßstab für die Wahlberechtigung aufgestellt. Doch auch hier tritt Interessenvertretung hervor, die ja um so mehr vermieden werden kann, als ja Grundbesitzer und Industrielle Gelegenheit genug haben, in der Bezirks- und Provinzialvertretung sich Anerkennung zu verschaffen und dadurch für ihre Wahl zu wirken.

Wenn ein Theil des Volkes thut, als ignorire er die Gegenwart, weil sie seinen Ansichten nicht entspricht, so giebt es einen anderen Theil, welcher zu ruhen scheint. Allein das sind vorübergehende Erscheinungen, und es wird daher gut sein, daß wir eine Verfassung begründen, welche die Theilnahme der Mehrzahl des Volks, besonders der Besseren gewinne. Lassen Sie uns erhalten, was gut ist, aber bleiben wir fern von jeder Bevorzugung irgend eines Standes. Ich empfehle daher die Verwerfung aller Amendements und die Annahme des Kommissions-Antrages.

Minister v. Manteuffel: Es ist uns aus dem Munde des Hrn. Referenten eine gute Lehre geworden, wir sind da, um guten Rath zu hören, er ist uns zu verschiedenen Zeiten in sehr verschiedener Weise geworden. Im November haben uns ehrenwerthe Männer gerathen, sofort von unserm Posten abzutreten; wir sind trotz dieses Raths, nachdem wir mit unserm Gewissen zu Rathe gegangen, geblieben, — (Lebhaftes Bravo rechts) — und ich glaube, das Land hat uns dafür gedankt. (Rauschender Beifall.) — Wir werden auch ferner unserm Gewissen folgen. Wir wollen dem Volke seine Freiheiten nicht nehmen, sein Heil allein ist es, das wir anstreben, — (Lebhaftes Bravo rechts, Zischen links,) — und ich glaube, (mit merklich gehobener Stimme), die ungeheure Majorität des Landes steht hinter uns! (Wiederholtes lebhaftes Bravo, lebhaftes Zischen, verstärkter Beifall der Rechten, die Linke zischt; der Präsident muß zur Glocke greifen.) — Man kommt zur Spezial-Diskussion. Zu Art. 61 und 62 sind keine Veränderungsvorschläge eingebracht. Art. 62 u. 63. v. Kleist-Retzow spricht sich für erbliche Pairie aus, es sei bei einer Wahlkammer zweifelhaft, ob man wünschen dürfe, die Prinzen des königlichen Hauses in einer solchen Kammer sitzen zu sehen. — Eine Vertretung der Kirche, des Heeres und der obersten Gerichtshöfe empfiehlt der Redner ebenfalls. — Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Abstimmung, zunächst namentliche über das Amendement Keller, an Stelle Art. 62: „Die erste Kammer besteht:

1) Aus den Prinzen des königl. Hauses, welche ihren Sitz in der Kammer einzunehmen berechtigt sind, sobald sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben.

2) Aus den Häuptern der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände (gemäß der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815, Art. XIV., und den Verordnungen vom 21. Juni 1815 und 20. Mai 1820), deren Zahl durch königliche Ernennungen aus den übrigen großen Grundherren, mit Rücksicht auf verhältnißmäßige Ausgleichung der einzelnen Provinzen auf 120 zu vermehren ist. Dieselben vererben ihr Recht auf ihre männlichen Descedenten nach den Regeln der Erstgeburt. Die Bedingungen seines Erlöschens bestimmt das Gesetz. Ihr Eintritt in die Kammer findet bei erreichter Volljährigkeit statt.

3) Aus Abgeordneten der 2—4 bedeutendsten Städte jeder Provinz, welche durch das Gesetz zu bezeichnen sind, und deren Magistráte je einen aus ihrer Mitte auf 6 Jahre zu wählen haben.

4) Aus einem Abgeordneten jeder der sechs Landes-Universitäten, von der Versammlung der ordentlichen Professoren auf 6 Jahre gewählt, ferner der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Künste und der Akademie zu Münster, ebenfalls auf 6 Jahre gewählt. Auch andern Anstalten für Wissenschaft oder Kunst, welche korporative Gestalt erlangen würden, kann durch das Gesetz die Wahl eines Abgeordneten zugetheilt werden.

5) Aus den katholischen Landesbischöfen und einer entsprechenden Zahl von Vertretern der evangelischen Kirche, nach näherer Bestimmung des Gesetzes.

6) Aus folgenden Würdeträgern des Militair- und Civilstandes, nämlich den Feldmarschällen, 8 Generalen nach gesetzlicher Bestimmung, dem Präsidenten des Ober-Tribunals und des Revisionshofes und dem Präsidenten der Ober-Rechnungskammer, so wie den Inhabern derjenigen Aemter, mit welchen das Gesetz künftig den Sitz in der ersten Kammer verbinden wird.

7) Aus höchstens 12 Mitgliedern, welchen der König für hervorragende Verdienste in Wissenschaft, Kunst, Staatsdienst oder durch gewerbliche Unternebmungen oder Begründung gemeinnütziger Anstalten erworben, den lebenslänglichen Sitz in der ersten Kammer verleihen wird.“ —

**Das Amend,ment Keller wird mit 245 gegen 62 Stimmen verworfen.** — Für stimmen u. A.: Graf Arnim, Herzog von Ratibor, Graf Strachwitz, die Grafen Stolberg, v. Schlottheim, Minister von Manteuffel, v. d. Heydt, v. Kleist-Reetzow, Scheerer. Dagegen: v. Bodelschwingh (Hagen), v. Bodelschwingh (Magdeburg), Graf Zieten, Trojan, Graf Schwerin u. s. w. — Herr Urlichs entfernte sich während der Abstimmung.

Die Amendements von Wahnschaffe, von v. Fock und von Urlichs, welche die erbliche Pairie festhalten und nur einen Theil der Mitglieder der 1. Kammer aus Wahlen hervorgehen lassen, werden verworfen. Das Amend. des Gr. Arnim kommt zur namentlichen Abstimmung. Es lautet (statt Art. 62 u. 63):

„Die erste Kammer besteht: 1) Aus den Prinzen des königl. Hauses, welche ihren Sitz in der Kammer einzunehmen berechtigt sind, sobald sie das 18te Lebensjahr zurückgelegt haben. 2) Aus 80 vom Könige zu ernennenden erblichen Mitgliedern aus der Zahl der Grundbesitzer, welche ein Einkommen von mindestens 8000 Rthl. aus dem Grundbesitze beziehen. Die nähern Bestimmungen enthält das Gesetz. 3) Aus 160 gewählten Mitgliedern, über deren Wahl ein Wahlgesetz das Nähere bestimmt. Uebergangs-Bestimmung: Bis zur Emanation des Wahlgesetzes für die erste Kammer (Art. 63) kommen die Bestimmungen des interimistischen Wahlgesetzes für diese Kammer vom 5ten Dezbr. 1848 in Anwendung.

Das Amendement des Grafen Arnim wird mit 228 gegen 78 Stimmen verworfen.

Dafür stimmen u. A. auch Graf Schwerin, Urlichs, dagegen v. Bodelschwingh.

Das Amendement Reck, (welches 40 erbliche Pairs außer den Prinzen und den Häuptern der ehemals reichsunmittelbaren Familien verlangt) wird verworfen. Ebenso ein Amendement Breithaupt (Wittstock), welches nächst den Prinzen und den Häuptern der reichsunmittelbaren Familien die erste Kammer aus 220 von den Grund-Eigenthümern gewählten Mitgliedern, der größeren Gewerbtreibenden, der Universitäten, der Provinzial-Vertretung und aus 8 Vertretern der katholischen Kirche, 8 der evangelischen Kirche und 8 Vertretern der Armee bestehen lassen will. Ein Amendement von Wegener, eine transitorische Bestimmung zu dem Amendement Breithaupt enthaltend, wird verworfen. Ein Amendement von Wehner (1/3 der Mitglieder durch königl. Ernennung, 1/3 durch Wahl der Provinzial-Vertreter, und 1/3 durch Wahl der Kreisvertreter zu bilden) wird verworfen.

Hierauf wird über den Kommissions-Antrag (2/3 durch die Kreis-Verwaltung, 1/3 von den höchstbesteuerten Grundbesitzern zu wählen) namentlich abgestimmt, und derselbe mit 170 gegen 137 Stimmen verworfen. Dafür stimmen unter Andern Graf Arnim, v. Auerswald, Minister v. d. Heydt, v. Manteuffel, v. Patow, Graf Schwerin; dagegen: Graf Dyhrn, Reichensperger, Frhr. v. Canitz, Wentzel, Herzog von Ratibor; die Amendements Gamet und Ebert, welche einen Theil der Mitglieder der ersten Kammer von den höchst besteuerten Grundbesitzern gewählt wissen wollen, werden auch verworfen, eben so das Amendement Menzel, welches das Wahlrecht an die Zahlung eines Klassensteuer-Minimums knüpfen will, und das Amendement Breithaupt, Havelberg, welches das Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848 zur ersten Kammer aufrecht erhalten will.

Man kommt zur Abstimmung über das Amendement Riedel, welches zu Artikel 62 anstatt dem Kommissions-Vorschlages „**aus 240 Mitgliedern**" gesetzt wissen will „**aus 180 gewählten Mitgliedern.**" Art. 63: **die durch Wahl der ersten Kammer zu berufenden Mitglieder werden zu 1/3 von den höchstbesteuerten Grundbesitzern in der Art gewählt, daß in jeder Provinz ein auf dieselbe nach der Bevölkerung fallende Anzahl der Abgeordneten von der 50fachen Zahl derjenigen Grundbesitzer, welche den höchsten Betrag an direkten Steuern an den Staat entrichten, zu wählen ist. Die übrigen 2/3 werden theils von der Provinzial-Versammlung jeder Provinz, theils von den Kreisvertretern gewählt, welche letztere ein besonderes Gesetz zu festen Wahlkörpern vereinigt, die näheren Anordnungen erfolgen durch das Wahlgesetz.**" Zuerst wird das Amendement Riedel mit 158 gegen 152 Stimmen verworfen; es wird die namentliche Abstimmung vorgenommen **und jetzt das Amendement mit 158 gegen 152 Stimmen (also mit einer Mehrheit von 6 Stimmen) angenommen.**

(Schluß der Sitzung 5 Uhr). Nächste Sitzung Morgen 12 Uhr.

---

**Potsdam,** 25. Oktober. Se. Majestät der König sind zur Jagd nach Letzlingen und Blankenburg gereist.

**Berlin,** 25. Oktober. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem bisherigen Konsul in Bukarest, Freiherrn v. Sakellario, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Oberlehrer an dem katholischen Gymnasium zu Groß-Glogau, Professor Seidel, den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen. — Se. Majestät der Kaiser von Rußland haben dem General-Major v. Möllendorf, Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Brigade, den St. Annen-Orden erster Klasse, so wie dem Premier-Lieutenant und dienstleistenden Adjutanten dieser Brigade, v. Thile, des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments, denselben Orden dritter Klasse zu verleihen geruht.

Se. königliche Hoheit der Prinz Karl ist von hier nach Letzlingen und Braunschweig abgereist.

Dem Chemiker und Zucker-Fabrikanten J. M. Leidesdorff zu Magdeburg ist unter dem 21. Oktober 1849 ein Patent auf ein für neu und eigenthümlich erkanntes Mittel, den Kalk aus dem geschiedenen Rübensafte zu entfernen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Angekommen: Se. Excellenz der Erb-Hofmeister in der Kurmark Brandenburg, Graf v. Königsmarck, von Netzband; Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin, von Stettin.

**Berlin,** 25. Oktbr. [Tagesbegebenheiten.] Se. Majestät der König hat sich heute (s. oben) mit einem zahlreichen Gefolge auf der Berlin-Magdeburger Bahn nach Letzlingen (bei Gardelegen) zur Jagd begeben, und wird am nächsten Dienstag von dort zurückkehren. — Bei der Durchreise Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen von Preußen und des Prinzen Karl durch das braunschweigische Gebiet wird der Herzog den Gästen ein großes Jagdfest geben. — Man erzählt sich in höheren Kreisen, daß am 22sten d. Mts. in Potsdam im engeren Familienkreise **die Verlobung J. k. H. der Prinzessin Charlotte, Tochter S. k. H. des Prinzen Albrecht von Preußen, mit dem Erbprinzen von Sachsen-Meiningen** stattgefunden habe. — Von Seiten Preußens ist für das Interim der General v. Radowitz definitiv ernannt worden. Als zweites Mitglied wird wahrscheinlich der frühere Ober-Präsident von Preußen, Böttícher, eintreten. (N. Pr. Z.)

A.Z.C. **Berlin,** 25. Oktober. [Die viertägige Schlacht in der zweiten Kammer ist heut endlich entschieden worden.] Wir hatten wohl recht, wenn wir nach jeder Sitzung mit der Bemerkung schlossen, das Resultat lasse sich auf keine Weise übersehen. Die Kammer konnte es vor der verkündeten Präsidialerklärung selbst nicht, und wie man sieht, ist es überall nur mit einer sehr kleinen Majorität gewonnen. Nachdem das Riedelsche Amendement vorher mit 6 Stimmen unterlegen war, wurde es eine Minute darauf genau mit 6 Stimmen angenommen. Das sieht einem Würfelspiel sehr ähnlich, und in der That war es ein Würfelspiel. Nie haben wir die Kammer mit weniger Disziplin votiren sehen, als diesmal. Bei der ersten Kategorie der Abstimmungen hielten Linke und Centren noch ziemlich konstant gegen die Rechte zusammen, von da ab aber verlor sich die Führung, und jeder stimmte nach seinem persönlichen und oft vielleicht sehr willkührlichen Belieben. Endlich hatten 15 Abstimmungen und darunter 3 namentliche, die Versammlung so übermüdet, daß sie zu einem Auswege griff. Man braucht darüber die Verdienste des Herrn Riedel durchaus nicht zu verkennen, der schon einmal bei den Finanzdebatten mit Glück und Geschick entscheidende Anträge durchgesetzt hat; aber man darf sagen, daß diesmal der Hunger und die Ermüdung der Herren Abgeordneten nicht seine schlechtesten Bundesgenossen waren. Die Kammer als solche war sich theils nicht klar und konnte sich theils nicht einigen, weil sie vielleicht zu einem starken Theil niemals von Nebenrücksichten weniger frei war, als diesmal. — Noch interessanter und jedenfalls wichtiger, als durch ein Ergebniß, welches noch der Beurtheilung von 2 Faktoren unterliegt, war die Sitzung durch die Episode, welche vom Ministertisch aus geliefert wurde. Man kann die Worte und mehr noch die Haltung des Ministers v. Manteuffel bei derselben nur dahin verstehen, daß **das Staatsministerium auf das Festeste entschlossen ist, hinsichtlich des Art. 108 der Verfassung nicht nachzugeben, also den Kammern das Recht der Steuerbewilligung nicht zuzugestehen.** Um aber diese Erklärung und ihren tiefen Eindruck in der Kammer zu würdigen, muß man wissen, daß schon in den letzten Tagen sowohl zwischen beiden Kammern, von denen die zweite bekanntlich den Artikel verworfen, die erste ihn aufrecht erhalten hatte, wie zwischen diesen und dem Ministerio vermittelnde Unterhandlungen geschwebt haben, und daß sich darauf namentlich die Andeutungen bezogen, welche in der letzten Debatte mehrfach von der Rednerbühne gemacht wurden. Das Ministerium beschwört einen Feind gegen sich herauf, der, wie die Dinge jetzt liegen, ihm viel gefährlicher werden kann, als die Demokratie je war.

C. B. **Berlin.** 25. Oktober. [Die mehrtägige Debatte über die künftige Zusammensetzung der 1. Kammer] ist heute in der zweiten geschlossen worden. Der Vortrag des Berichterstatters v. Beckerath, warm wie immer, aber weniger phraseologisch als sonst, verfehlte den Eindruck nicht, den er beabsichtigte. Von großer Bedeutung aber war die Entgegnung des Herrn v. Manteuffel auf den Ruf des Berichterstatters: Noch einmal reichen wir die Hand hinüber zur Versöhnung, man weise sie nicht zurück, wie 1847! Der Minister verglich die guten Rathschläge von heute mit denen, die man im November ertheilt habe. Damals rieth man, die Zügel der Regierung in andere Hände zu legen. Wer an dem vollendeten Bruch des Ministeriums mit der konstitutionellen Kammer-Partei noch zweifelte, den wird der mit scharfer Betonung und laut erhobener Stimme der Kammer zugerufene Schlußsatz des Ministers: „Die große Majorität des Landes steht hinter uns!" gründlich belehrt haben. Bei der Abstimmung (s. deren Resultat im Kammerbericht) war die bemerkenswertheste Thatsache, daß Herr v. Bodelschwingh gegen das Ministerium mit der Majorität stimmte.

C. C. **Berlin,** 25. Oktbr. [Die Augsburger Allg. Zeitung], welche bisher wenigstens sich den Ruf bewahrt hat, den Parteileidenschaften nicht blindlings zu dienen, und in Aufnahme gewichtiger Nachrichten diejenige Vorsicht walten zu lassen, die allein einem großen Organ nachhaltige Autorität sichern kann, bringt an der Spitze der Nr. 291 vom 18. Oktober eine Korrespondenz aus Frankfurt, in der es heißt: „**In dem Waffenstillstandsvertrag zwischen Preußen und Dänemark befinden sich drei geheime Artikel: 1) Durchführung des Waffenstillstandes mit Waffengewalt; 2) Auslieferung der Gefion an Dänemark; 3) Anschluß Holsteins an den preußischen Sonderbund.** — Solche Verträge hat eine Regierung abgeschlossen, die einst feierlich proklamirte, sie wolle Deutschlands Schirm und Hort sein." — Diese geheimen Artikel sind von Anfang bis zu Ende Lüge. Die Allg. Zeitung mußte sich sehr wohl erinnern, daß die dänische Presse, welche sicher am besten unterrichtet war, bald nach Abschluß der Waffenstillstandskonvention mit einigem Unmuth auf die geheimen Artikel des Vertrages hinwies. Schon daraus war mit Sicherheit zu schließen, daß etwanige Nebenstipulationen, welche in einer so verwickelten Frage aus naheliegenden Rücksichten in den Hauptvertrag vielleicht nicht aufgenommen werden konnten, eher zu Gunsten, als zum Nachtheil Deutschlands lauten mußten. Die durch die Presse bekannt gewordenen Verhandlungen mit der Statthalterschaft deuten immer auf die eine Eventualität hin, daß Preußen genöthigt würde, seine Truppen aus Schleswig gänzlich zurückzuziehen. — Die norddeutsche Presse, welche den Verhältnissen am nächsten steht, hat daraus den Schluß gezogen, daß Preußen durch eine Nebenstipulation sich ausdrücklich vorbehalten habe, im Falle der offenen Auflehnung der Herzogthümer gegen den Waffenstillstand seine Militairmacht zurückzuziehen und sich nicht herzugeben zur gewaltsamen Durchführung der Konvention gegen einen förmlichen Aufstand der Herzogthümer. Die für die Richtigkeit dieser Annahme sprechenden inneren Gründe liegen heute für jeden mit den Verhältnissen Vertrauten zu offen, als daß die Behauptung des direkten Gegentheils nicht gleich als eine sehr plumpe Insinuation der großdeutschen Partei erkannt werden sollte. — Den andern beiden Angaben, daß der Beitritt Holsteins zum Bündniß vom 26. Mai und die Auslieferung der Fregatte Gefion ausbedungen sei, können wir nur die einfache, aber bestimmte Erklärung der Unwahrheit entgegensetzen. Man weiß sehr wohl, von welcher Seite her in Kopenhagen gegen den möglichen freiwilligen Beitritt Holsteins agitirt wird; wäre ein solcher geheimer Artikel, wie die Allg. Zeitung behauptet, zur Kenntniß des Verwaltungsrathes gebracht, so würde er bei den guten Verbindungen, welche die hannoversche Zeitung hat oder hatte, schon längst seinen Weg an das Licht der Oeffentlichkeit gefunden haben. Man weiß bereits, daß die Abführung der Fregatte Gefion nach dem Kieler Hafen preußischer Seits verhindert wurde, nicht, „um sie an den Reichsfeind — Dänemark auszuliefern," sondern ausschließlich in der Besorgniß, daß der andere „Reichsfeind" — das sogenannte Reichsministerium, eine Disposition darüber erlangen könne. Man hört jetzt mit Zuverlässigkeit versichern, daß die Gefion in den Kieler Hafen übergehen wird, nachdem die Statthalterschaft Garantien für ihren dortigen Verbleib gegeben hat. — Die Augsb. Allg. Zeitung wird, wenn sie ihrem eigenen Rufe nicht zu nahe treten will, wohl thun, gegen die Quellen, aus denen sie solche Mittheilungen schöpft, vorsichtig zu sein. **Wir kennen diese unlauteren Quellen genau; wir wissen, daß in Frankfurt noch jetzt unmittelbar vor dem Zusammentritt der Bundeskommission die Intrigue nicht ruht, um die Vorurtheile Süddeutschlands gegen Preußen zu dauernder Abneigung umzukehren.** Wir werden nicht überrascht sein, wenn wir erfahren, daß es noch zu guter Letzt diesem schmählichen Treiben gelungen ist, in Frankfurt einen blutigen Konflikt herbeizuführen. An der frevelhaften Absicht und an der Anwendung aller Mittel, es bis zu diesem äußersten Punkt zu treiben, hat man es wenigstens bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht fehlen lassen.

A.Z.C. **Berlin,** 25. Okt. [Tagesbericht.] Der Consistorialrath Otto v. Gerlach ist gestern plötzlich mit Tode abgegangen. Damit ist das Brüder-Triumvirat zerrissen, welches man in den drei großen Zweigen des Staatslebens, der Kirche, dem Heer und dem Beamtenthum als den unermüdlichen und einflußreichen Förderer jener polizeilich-pietistisch-germanischen Beglückungstheorie, kannte, die in der Märzrevolution so vollständig banquerutt gemacht hat. Die Brüder des Hrn. Consistorialrath v. Gerlach sind bekanntlich der General-Major v. Gerlach, Adjutant des Königs und der Gerichts-Präsident v. Gerlach, Abgeordneter

zur ersten Kammer. Letzterer galt als das eigentlich polizeiliche, der Verstorbene als das pietistische Agens in dem nun gelösten Bunde. — Außer den gestern bereits genannten Notabilitäten, welche auf den Logen der zweiten Kammer den Verhandlungen beiwohnten, befand sich dort auch der General-Lieutenant v. Below, der so eben von Königsberg in Pr. angekommen war. Hr. v. Below ward bekanntlich im vorigen Frühjahr, gleich nach der Revolution vielfach zu wichtigen Missionen verwandt, namentlich auch in der dänischen Angelegenheit. Wie es heißt, sollen desselben neue bedeutsame Aufträge harren, zu welchem Ende er von Königsberg, wo er jetzt die 1ste Division befehligt, hierher berufen wäre. — Der Magistrat zu Berlin hat bekanntlich den Kammern den Entwurf einer neuen Gemeinde-Ordnung mit dem Antrage eingereicht, ihn neben der Regierungs-Vorlage zur Berathung zu bringen. Dieser Entwurf hält es besonders im Auge, die bewährten Bestimmungen der Städte-Ordnung von 1808 auch für die neue Gemeindegesetzgebung zu retten, indem er sich sonst dem konstitutionellen Prinzip anschließt. Der Entwurf ist den übrigen Stadtbehörden im Lande zu ihrer Kenntnißnahme mitgetheilt und scheint hier theilweise sehr beifällige Aufnahme gefunden zu haben. Mehrere Magistrate, namentlich die zu Wegeleben, Schmiegel, Kozmin, Wollin, Lyk, Naugardt, Lübbenau ꝛc. haben sich bereits damit einverstanden erklärt und den Kammern ihre Gesuche eingesandt, denselben ganz oder theilweise ihren Berathungen zum Grunde zu legen, respektive anzunehmen. — Professor Burmeister aus Halle, gegenwärtig Mitglied der ersten Kammer, in welcher er bekanntlich zur Partei der äußersten Rechten gehört, hat, wie wir vernehmen, die Absicht, in diesem Semester an der hiesigen Universität ein Kolleg über die Geschichte der Schöpfung als allgemeine Darstellung des Entwikkelungsganges der Erde und ihrer Bewohner zu lesen. Hr. Burmeister hat unter demselben Titel schon früher ein Werk bei Otto Wigand in Leipzig herausgegeben, welches in der Zeit von 5 Jahren 3 starke Auflagen erlebte. — Die Petitions-Kommission der ersten Kammer hat abermals einen ausführlichen Bericht über die eingegangenen Petitionen erstattet. Es finden sich darunter in gewerblicher Beziehung viele Anträge auf strengere Prohibitiv-Gesetze, namentlich Seitens der kleinen Magistrate. Der früher mehrfach erwähnte Antrag des hiesigen Handelsvereins Teutonia, das Gewerbegesetz vom 9. Februar gänzlich zu verwerfen, ist nach § 30 der Verfassungs-Urkunde, wonach Petitionen unter einem Gesammtnamen nur Behörden und Corporationen zustehen, unerörtert zurückgelegt worden. Mehrere Petitionen hat auch das Eisenbahnwesen und die neue Gerichtsorganisation hervorgerufen. Viele andere Petitionen gehen die Regelung der Gemeinde-Verhältnisse an, worunter mehrere auf Beibehaltung der Städteordnung von 1808 dringen. Auch die Regulirung der Steuerverhältnisse hat verschiedene Anträge erzeugt; namentlich beantragt der Vorstand des Handwerker-Vereins zu Danzig, im Auftrage der dabei betheiligten 40 Gewerke, Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer, Einführung der Einkommensteuer und eine andere Regulirung der Klassensteuer. Zahlreiche Anträge petitioniren gegen Vereidigung des Heeres auf die Verfassung. 21 Mitglieder des konstitutionellen Vereins zu Köslin beantragen Abschaffung der Bürgerwehr. — Der eben erwähnte § 30 der Verfassungs-Urkunde hat sich sehr vielen Anträgen entgegengestellt, was man im Lande wohl beachten möge. — Die erste Kammer wird erst übermorgen wieder eine Sitzung halten. In derselben wird sie sich mit der Revisionsberathung von Titel III., IV. und IX. der Verfassung beschäftigen, vorher jedoch mit einem Antrage des Abg. v. Vincke in der Verfassung an geeigneter Stelle den Zusatz aufzunehmen: „Die Formel des Eides ist: Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe." Der Vorschlag des Central-Ausschusses über diesen Antrag geht dahin: bei der Revision der Verfassung darüber hinwegzugehen und die etwa nöthig werdenden Bestimmungen der gewöhnlichen Gesetzgebung nach vollständiger Vorbereitung der Sache anheim zu geben. — Gestern Abend war, wie wir noch am Schluß kurz andeuteten, hier allgemein das Gerücht verbreitet, daß in Paris zu Gunsten der legitimen Dynastie ein Aufstand ausgebrochen wäre, demzufolge Heinrich V. zum Könige von Frankreich, und der Graf von Paris zu dessen Thronfolger proklamirt worden sei. Das Gerücht hatte sich von der Börse aus verbreitet. Die Course stiegen aber in Folge desselben, statt zu fallen, wie es wahrscheinlich bei der Verbreitung dieser müßigen Erfindung beabsichtigt war. — Man sieht hier demnächst der Veröffentlichung des Aktenstückes entgegen, worin im verflossenen Frühjahr der hiesige baierische Gesandte, Graf Lerchenfeld, im Namen seiner Regierung um preußische Militärhülfe zur Unterdrückung des Aufstandes in der Pfalz dringend nachsuchte. Es soll dadurch die Behauptung des Herrn v. d. Pfordten in seiner in München gehaltenen Rede widerlegt werden, daß Baiern (fast) gar keine Hülfe von Preußen begehrt hätte. — Der Centralausschuß der ersten Kammer hat so eben auch über Titel IX. von den Gemeinde-, Kreis- ꝛc. Verbänden, so wie über Titel III. vom Könige, und Titel IV. von den Ministern, seinen Bericht erstattet. Die Abweichungen von der Verfassungs-Urkunde sind nicht sehr wesentlich und bestehen meistens in der Annahme der Beschlüsse der zweiten Kammer.

C. B. **Berlin**, 25. Oktober. [Vermischte Nachrichten.] Das Beispiel Baierns, die Unkosten der geleisteten bundesfreundlichen Hülfe bundesfreundlich zu verweigern, scheint Nachahmung finden zu sollen. Wir hören wenigstens zu unserm großen Erstaunen, daß auch von einer andern doppelt verbündeten Regierung, welcher durch preußische Hülfe Dynastie und Staat vom Untergang gerettet wurde, die Erstattung der Verpflegungskosten des preußischen Militärs beanstandet wird. — Gedächtniß und Dank für bundesfreundliche Dienste scheinen weniger zu dem „wesentlichsten Theile der alten Bundes-Verfassung" gerechnet zu werden, für deren Zurechtbeständigkeit man sonst so lebhaft in die Schranken tritt. Für Schwächlinge mag es allerdings von Werth sein, auch über die Zeit der Gefahr und Ohnmacht hinaus noch im Bundesverhältniß zu conserviren, in welchem man auf so wohlfeile Weise einen jederzeit sichern Schutz für seine Existenz findet. — Major v. d. Goltz vom 3. Kürassierregiment ist zum Chef der Reitschule in Schwedt ernannt. Unter den angestellten Lehrern ist kein Offizier der Garde. — In dem Kadettenkorps erkrankten bekanntlich nach dem Genusse von Kartoffelbrei 240 Kadetten. Die chemische Prüfung der Ueberreste dieses Gerichtes soll die Beimischung von Arsenik ergeben haben.

C. C. [In der zweiten Kammer] haben der Abgeordnete Sattig und Genossen den Antrag gestellt, die Kammer möge den Gesetz-Entwurf über die Rentenbanken nach folgenden Grundsätzen abändern:

1. Die Rentenbank gewährt den Berechtigten $7/8$ des Abfindungskapitals in Rentenbriefen und $1/8$ in zinslosen Rentenbankscheinen, welche gleichfalls durch die Rentenbank, jedoch nach den Rentenbriefen zu tilgen sind.
2. Der im § 10 des Entwurfs ausgesprochene Erlaß von $1/10$ der Renten findet nicht statt, dasselbe wird vielmehr ebenfalls zur Amortisation verwendet.
3. Dem Rentenpflichtigen ist gestattet, die Kapitalzahlung zur Ablösung der Rente bei der Rentenbank in Rentenbriefen zum Nennwerth zu leisten.

Unter den Motiven ad 1 wird hervorgehoben, daß dadurch die Amortisationsfrist von $56\,1/12$ auf $41\,1/6$ Jahre herabsinkt, der Staat folglich an Verwaltungskosten der Rentenbank 2,850,000 Thlr. erspart, und überdieß durch die Kreirung von circa $12\,1/2$ Millionen neuen Papiergeldes in Rentenbankscheinen, ohne den Kours des Papiergeldes zu drücken, oder dem Kredit desselben zu schaden, einem sich immer noch fühlbar machenden Bedürfniß abgeholfen wird. Ad 2 wird bemerkt, daß der Rentenpflichtige sich wohl dieses Opfer gefallen lassen könne, da dann die Amortisation schon nach $33\,1/5$ Jahren eintritt, und der Staat 5,000,000 Thlr. Kosten erspart, jedoch sei diese Maßregel nur in Verbindung mit dem ad 1 vorgeschlagenen durchführbar. Hinsichtlich der ad 3 vorgeschlagenen Maßregel wird ausgeführt, daß dieselbe sowohl im Interesse der Rentenpflichtigen, als der Rentenbriefinhaber und der Rentenbank, also des Staats liege, welcher letztere nie dadurch benachtheiligt werden könne; die Kapitalzahlungen würden dadurch unzweifelhaft sich mehren, insofern etwa der Kours der Rentenbriefe niedriger als der Nennwerth stehe, in diesem Falle aber auch umgekehrt der Kours der Rentenbriefe gehoben werde.

Der Antrag ist der Agrarkommission zur Prüfung überwiesen worden.

C. B. Außer der vielbesprochenen Denkschrift der preußischen Bischöfe über die die Verhältnisse der Kirche und Schule betreffenden Verfassungs-Bestimmungen haben einzelne Prälaten noch Separaterklärungen erlassen, die den Zweck zu haben scheinen, ihre Diöcesanen in populärer Weise von dem Inhalt der Denkschrift in Kenntniß zu setzen. Unterm 22sten v. Mts. hat auch Bischof Dr. Sedlag von Kulm in fünf Artikeln seine Meinung von der Stellung der katholischen Kirche zum Staat nach der Verfassung vom 5ten Dezember niedergelegt. Derselbe sieht 1) in dem Artikel 12 der Verfassung einen Akt, welcher die Verletzung des Traktats vom 18ten September 1772 sühnt und acceptirt denselben, nicht blos weil er die Fortgewährung der der katholischen Kirche vom Staat kompetirenden Leistungen garantirt, sondern auch weil er die vollständige Erfüllung jener vertragsmäßigen Leistungen in Aussicht stellt, was besonders durch Ueberweisung des der katholischen Kirche zugehörigen Vermögens zu ihrer eigenen Verwaltung geschehen müsse; 2) die Patronatsverhältnisse können nur in Uebereinstimmung mit den kanonischen Satzungen geregelt werden; 3) wird ein Widerspruch zwischen der Verzicht des Staats auf Ausübung eines Wahl-, Vorschlags- oder Bestätigungs-Rechts (Artikel 15 dem Verf.) und der Erklärung des Herrn von Ladenberg, daß dieser Verzicht sich nicht auf den Einfluß erstrecke, welchen der Staat durch Verträge mit dem apostolischen Stuhle erworben, nachzuweisen gesucht; 4) die Gültigkeit der kirchlichen Trauung nur dann anzuerkennen, wenn der Civilakt vorhergegangen, sei für den katholischen Priester in vielen Fällen unmöglich. „Sofern der Art. 16 bei der bevorstehenden Revision der Verfassung nicht fortfallen sollte, würden wir es für eine uns vermöge unseres von Gott uns anvertrauten Hirtenamtes obliegende unerläßliche Pflicht erachten müssen, dessen Befolgung der Geistlichkeit unserer Diöcese streng in allen den Fällen zu untersagen, wo mit derselben eine Verletzung der ihr vermöge ihres priesterlichen Amts obliegenden höheren Pflichten verbunden wäre." Endlich 5) wird erklärt, daß die Bischöfe sich nie die Aufsicht über die Schulen entziehen lassen werden.

C. B. Man nennt den Abgeordneten zur zweiten Kammer Professor Urlichs aus Greifswald als designirten Nachfolger des Professor Rosenkranz in der Stellung, welche diesem letzteren unter dem Ministerium Auerswald im Unterrichts-Departement zugewiesen war. — Aus Frankfurt a. M. geht uns die Mittheilung zu, daß die dortige Börse Anstand nimmt, die electromagnetischen Telegraphen wegen des hohen Tarifes zu Koursnotirungen zu benutzen. Es steht wohl zu erwarten, daß das Handelsministerinm die allerdings und im Vergleich mit anderen Ländern, z. B. Nord-Amerika, sehr hohen Tarife ermäßigen werde da sich andererseits dann die Benutzung der Telegraphen vermehren würde und ein Nachtheil für den Staat keinenfalls zu befürchten steht. Da, wie man hört, binnen Kurzem auch die Telegraphenlinie nach Leipzig eingerichtet wird, so wäre dieser Umstand wohl beachtungswerth, indem die Benutzung der Telegraphen in den Meßzeiten von erheblicher Bedeutung, insbesondere für die berliner Industrie werden würde.

P. Z. C. **Königsberg** i. Pr., 23. Oktober. Sicheren Nachrichten zufolge steht die Anlage eines Sicherheitshafens bei Thorn in Aussicht. Derselbe ist auf 80 bis 100 Schiffsgefäße und die Kosten auf circa 17,500 Thlr. veranschlagt. Bei dem Magistrat zu Thorn ist in diesen Tagen von der Regierung zu Marienwerder dieserhalb angefragt, wie viel wohl die Stadt zu dem Bau des projektirten Hafens beizutragen sich verpflichten würde. Es läßt sich demnach annehmen, daß die Sache zur Ausführung kommt, wenn die Bereitwilligkeit der dortigen städtischen Behörden einigermaßen den Intentionen des Gouvernements begegnet. — Während bei uns am Tage das freundlichste Wetter ist und die Nachtfröste kaum mit etwas mehr als mit starkem Reif unsere Straßen bedecken, meldet man aus Lyck, daß am 14. bei 3 Grad Frost Schnee 3 Zoll hoch und bei Bielystock sogar noch in größerer Masse gefallen ist.

**Magdeburg**, 24. Oktober. [Truppenmärsche.] Gestern und heute haben unsere Stadt mehrere Bataillone passirt, die zur Verstärkung der im Herzogthum Schleswig befindlichen preußischen Truppen bestimmt sind. Sie gehörten dem 6. und 7. Regiment an. Auf Morgen werden noch weitere Truppendurchmärsche erwartet. Die Truppen verweilen hier nicht, sondern werden sogleich auf der Magdeburg-Hamburger Eisenbahn befördert. In Hamburg werden sie eine Nacht einquartirt und dann sogleich weiter transportirt werden. (Magd. Korr.)

**Trier**, 15. Oktober. [Konflikt zwischen Staat und Kirche.] Sicherem Vernehmen nach ist der befürchtete Konflikt der Staatsgewalt mit der bischöflichen Behörde der Diözese Trier wirklich eingetreten. Die Direktion des hiesigen katholischen Gymnasiums hat sich in Folge höherer Ordre geweigert, den von unserm hochwürdigen Herrn Bischof zum Religionslehrer der gedachten Anstalt ernannten Herrn Kaplan Corzilius ohne Genehmigung der weltlichen Behörde in sein Amt einzuführen. Ebenso hat der interimistische Direktor der hiesigen höhern Bürger- und Provinzial-Gewerbeschule dem von dem Hrn. Bischofe zum Religionslehrer dieser Schule ernannten Hrn. Kaplan Ramers erklärt, daß er zufolge Verfügung der königl. Regierung ihn ohne Genehmigung dieser Behörde nicht in sein Amt einführen könne. Da die bisherigen Religionslehrer des Gymnasiums und der Bürgerschule zu anderen Funktionen abberufen sind, so wird bis zur Erledigung des eingetretenen Konflikts, welcher offenbar eine Lebensfrage der Kirche betrifft, an den gedachten Anstalten vorläufig weder Religionsunterricht, noch auch wie bisher ein besonderer Gottesdienst resp. Seelsorge stattfinden. (Rh.- u. Moselztg.)

**Dortmund**, 15. Oktbr. [Adresse.] Heute wurde von den hiesigen Katholiken nachstehende Eingabe an das hohe Staatsministerium abgesandt, so wie auch zugleich **bei der ersten Kammer eine Verwahrung gegen die von derselben, über § 11—21 der Verfassung genommenen Beschlüsse** eingelegt:

„Hohes Staatsministerium! Die jüngsten Beschlüsse der ersten Kammer haben uns unterzeichnete Katholiken auf das tiefste in unserem religiösen Gefühle verletzt; wir sehen in der Fassung der von der ersten Kammer berathenen §§ 11—21 der Verfassung, unsere Kirche nicht allein, sondern das Christenthum überhaupt gefährdet. — Eine hohe erste Kammer hat dem größten Theile nach ganz außer Acht gelassen, daß die von Christus gegründete Kirche und das Christenthum übereinstimmende Begriffe sind. Die

Kirche ist keine Korporation im gewöhnlichen Sinne, sondern die in der Gemeinschaft der Gläubigen verkörperte Lehre der Christusreligion. Mit tiefem Schmerze haben wir hören müssen, daß ein Redner es gewagt hat zu sagen: „die Kirche ist rein Menschenwerk, an dem wir mit Fug und Recht ändern können," ferner, „Christenthum und christliche Kirche sind ganz heterogene Wesen." — Man will demnach den göttlichen Ursprung unserer Kirche antasten, man will unsere festeste und heiligste Ueberzeugung mißachten, man will die Kirche, die seit Jahrtausenden die Menschheit zur sittlichen religiösen Vollkommenheit erhoben, die treue Unterthanen der Staatsgewalten und über Raum und Zeit hinausführend Bürger eines besseren Jenseits bildete, hintansetzten, und dem Staate allein das Recht der Menschenbildung usurpiren, man will nur die Ausbildung für die Staatszwecke, als das Höchste hinstellen. Die Kirche soll nicht mehr die Fundamente des Staates legen, wir meinen damit, Gehorsam, Rechtlichkeit, Treue und alle christliche Tugenden, die die Societät zusammenhalten; der Staat soll die Kirche in dieser freien Wirksamkeit hemmen. Solche Grundsätze der ersten Kammer erfüllen uns mit bangen Ahnungen. Wir halten es für unsre Pflicht, einem hohen Staatsministerium unsre Ansichten und Befürchtungen vorzulegen und vertrauen, daß Hochdasselbe mit aller Kraft dahinstreben werde, daß die von der ersten Kammer beliebten § 11—21 nicht zum Gesetz erhoben werden. Wir erklären im Gegensatze zu diesen Paragraphen, daß die in der bekannten Denkschrift von unseren Bischöfen ausgesprochenen Grundsätze und Proteste unsere volle Zustimmung haben. — Mit uns sind Millionen Katholiken einverstanden und treten mit dem innigsten Vertrauen zu einem hohen Staatsministerium heran, bittend, daß alle Mittel versucht werden, um die gläubigen Christen nicht tiefer zu verletzen, und so nicht die Stütze dem Staate zu entfernen, die in den Zeiten der Gefahr seine Rettung war. — Diesem Vertrauen uns hingebend zeichnen wir eines hohen Staats-Ministeriums 2c. 2c."

## Deutschland.

**Frankfurt a. M.**, 22. Oktbr. [Die deutsche Frage.] Die Abstimmung Hessen-Darmstadts in dem berliner Verwaltungsrath gegen die Einführung des Interim ist nach sicherer Quelle durch die Gagern'sche Coterie bestimmt worden, welche glaubt, daß bei dem Bestande des Interim die Berufung des Reichstags in Erfurt und sonach auch die Behauptung des Bündnisses und Verfassungsentwurfs vom 28. Mai d. J. nicht möglich sei. — Es ist wohl kein Zweifel, daß Preußen im Verwaltungs-Rath mit dem Interim vorsichtig und sehr schonend vorangegangen ist, indem es dasselbe seinen hohen Verbündeten nur in der Form der Proposition und vor dem eigenen unwiderruflichen Abschluß zur Annahme empfohlen hat. Vergleicht man dagegen den amtlichen Theil der Wiener Zeitung, so nimmt sich darin die öffentliche Verkündung des Constituts gegenüber den unbenannten Bundestheilhabern Oesterreichs, an die es noch gar keine offizielle Insinuation erlassen zu haben scheint, bei weitem weniger freundlich aus. Wir leben hier auf ziemlich indifferentem Boden, von wo aus die politischen Dinge in Deutschland am unbefangensten sich betrachten lassen. Nachdem Preußen seinerseits als der eine Pariscent durch den Beschluß des berliner Verwaltungsraths bereits in Stand gesetzt ist, die Uebereinkunft vom 30. September d. J. vollständig zu erfüllen, wird Oesterreich umsomehr es als durch Ehre und Pflicht geboten erkennen andererseits die Convention zur Erfüllung und zum Vollzug zu bringen. Einen so vortheilhaften gewonnenen Standpunkt werden die beiden Großstaaten Deutschlands nicht leichthin wieder verlassen, und die besiegelte Allianz begründet einen in der Natur aller Provisorien liegenden Besitzstand, den man gewiß mit den geeigneten gemeinschaftlichen „Schritten" behaupten wird. Ist man hier recht unterrichtet, so hat dieser ohne sichtbare formelle Mitwirkung eines dritten deutschen Staates geschlossene Bund seinen Ursprung zum Theil auch in den persönlichen Zuneigungen des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen. Sie erinnern sich an deren Zusammenkunft in Töplitz. Es war keine Conferenz von Staatsmännern, aber immer ist es wichtig und folgenreich, wenn zwei so mächtige Monarchen sich geistig persönlich nähern. Franz Joseph soll unter andern dabei lebhaft geäußert haben, daß Preußen und Oesterreich, auch wenn sie wollten, sich nicht trennen können. Ein avis au lecteur für alle Publicisten, welche den Bruch zwischen den beiden Großmächten unermüdlich vorhergesagt. Uebrigens will es uns hohe Zeit bedünken, daß mit der neuen Centralgewalt bald definitiv vorangeschritten werde, denn ihre vermeintliche Bestimmung ist es ohnedies nur kurzlebig zu sein.

(A. Z.)

[Die preußische Hilfe in der Pfalz.] Sollte dem k. baierischen Ministerium das Gedächtniß für die große Verlegenheit ausgehen, in der es sich der aufständischen Pfalz gegenüber befand, so könnte ihm vielleicht der Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt mit einigen Bemerkungen nachhelfen. Herr v. Xylander wird sich nämlich erinnern, daß der Kommandant von Landau gegen Ende Mai hierher berichtete, die Lage der Festung sei der Art, daß sie sich nur noch wenige Tage gegen die Aufständischen zu halten vermöge, weshalb er um schleunigste Hilfe bitte. Der Herr Bevollmächtigte wird sich ferner erinnern, daß weder Baiern noch die provisorische Centralgewalt Truppen zur Verfügung hatte, und er sich in dieser großen Noth an den Vorstand des Ministeriums eines kleinen, Frankfurt benachbarten Staates mit der Bitte wandte, der königlich baierschen Regierung mit einem Regiment zur Entsetzung Landaus zu Hilfe zu kommen. Er wendete sich gerade an die Regierung jenes kleinen Staates, weil dieselbe die Reichs-Verfassung anerkannt habe, die provisorische Regierung in der Pfalz also keinen Grund hätte, solchen Truppen die Festung zu verschließen. Einem Augenzeugen ist die beängstete und flehentliche Miene noch sehr wohl im Gedächtniß, womit der baierische Bevollmächtigte diese Bitte unterstützte. Er kam erst dann davon zurück, nachdem ihm wiederholt vorgestellt worden war, daß die provisorische Regierung die Truppen trotz der Reichsverfassung voraussichtlich in die Festung nicht einlassen, und es allzu gewagt sein werde, mit einem Regiment sich den Eingang erzwingen zu wollen. Ich weiß nicht, in welcher Weise sich Baiern darauf an Preußen gewendet hat; aber die Annahme, daß es die allerdringendste war, liegt ziemlich nahe. (D. Ztg.)

**München**, 21. Okt. [Minister-Krisis und ein baierisch-würtembergisch-sächsisch-hannoverscher Reichstag in Aussicht.] Die Stellung unseres Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, des Hauses, des Handels 2c., (denn alle diese Dinge versieht Herr v. d. Pfordten gleich gut) fängt an, ernstlich gefährdet zu sein. Nicht als wäre Herr von Lerchenfeld, so gern er jenen Platz einnähme, wirklich ein gefährlicher Nebenbuhler für ihn, aber v. d. Pfordten hat im In- und Auslande, bei Hoch und Nieder, bei Rechts und Links so allen Kredit verloren, daß er sich nicht wird halten können, ja, wäre ihm der Ministerposten nicht der Inbegriff alles Wünschenswerthen, sich nicht würde halten wollen. Die Aufgabe, zu welcher er im Sinne des baier. Partikularismus benutzt wurde, Schwierigkeiten dem Zustandekommen eines Centralstaates, der die Souveränetät der Einzelstaaten schmälern könnte, zu bereiten, ist von Oesterreich dahin ausgebeutet worden, das Zustandekommen eines Centralstaates überhaupt zu verhindern, bis es durch Besiegung Italiens und Ungarns im Stande sein würde, seine Kraft den deutschen Angelegenheiten zu widmen. Pfordten hat diese Aufgabe im österreichischen Sinne gelöst, dieses und Preußen bilden die Centralgewalt und der baierische Partikularismus hat nichts dabei gewonnen. Die baierische Dynastie hat keine Ursache zum Danke gegen ihn, und Oesterreich ist undankbar und wirft ihn als verbraucht bei Seite; ja er muß sogar zugestehen, er habe keine offizielle Kenntniß von dem Vertrage über die neue Centralgewalt, während die offiziellen Blätter in Wien diesen veröffentlichen. Baiern, das so gern den Großstaaten sich gleichgestellt hätte, ist ausgeschlossen und in den Sack geworfen, der die deutschen Nullen enthält, die den vorstehenden Zahlen höhern Werth geben. Dies wird dem Unterhändler nicht verziehen werden, und man nennt schon als Nachfolger Hrn. v. Wendland, bisher bei der baierischen Gesandtschaft in Paris. — Man ist gespannt auf die Beantwortung der Wallerstein'schen Interpellation. Der Reichsverweser hat die Niederlegung seiner Stelle zu Gunsten der österreichisch-preußischen Centralgewalt von der Zustimmung der deutschen Regierungen abhängig gemacht. Wird Baiern zustimmen? Würtemberg soll bereits Verwahrung gegen eine ohne Mitwirkung der Vertretung des deutschen Volkes geschaffene Centralgewalt eingelegt haben; wird auch Baiern, dessen Regierung lieber jede Volksvertretung vom Halse hätte, sich anschließen? **Die Linke der baierischen Kammer ist entschlossen, die Berufung eines Reichstages auf Grund des Wahlgesetzes vom April 1848 zu verlangen, die würtembergische Kammer wird mit ihr gemeinschaftlich handeln, und beide hoffen auf die Unterstützung der hannoverschen und sächsischen Volkskammern.** Die nächsten Tage werden über die Stellung der baierischen Regierung entscheiden, und es könnte leicht hier zu einer Ministerkrisis kommen, die nicht nur den Minister des Auswärtigen beseitigen, sondern bis auf Meinertreu, den Justizminister, eine Veränderung des ganzen Ministeriums, natürlich in pejus, herbeiführen dürfte.

(Hannov. Bl.)

**Stuttgart**, 22. Okt. [Ministerkrisis.] Durch den Austritt des Staatsrathes Duvernoy aus dem Ministerium ist dasselbe abermals in eine Krisis, und zwar in die für seinen Fortbestand gefährlichste getreten. Die nächste Folge der von der Krone angenommenen Entlassung Duvernoy's ist der feste Entschluß Goppelts, ebenfalls aus den Geschäften auszuscheiden. Wenn gleichzeitig, wie man hört, auch der General v. Rüpplin entschlossen sein soll, sein Amt als Kriegs-Minister niederzulegen, so wäre bald unsere März-Ministerium auf Römer reduzirt, d. h. vollständig aufgelöst. (K. Z.)

**Weimar**, 29. Okt. [Interpellationen.] Diese Woche waren öfters Interpellationen an der Tagesordnung. So interpellirte unter Andern der Abgeord. Schüler das Ministerium: „Ob sämmtliche deutsche Regierungen, namentlich die weimarische, um die Zustimmung zu dem zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Vertrag über eine neue provisorische Reichs-Kommission befragt worden sei? ob sie ihre Zustimmung zu diesem Vertrage ertheilt habe, und was, wenn das Letztere nicht geschehen, die Staats-Regierung zu thun gedenke, um ihr und des Landes Recht zu wahren?" Der Staatsminister v. Watzdorf behielt sich vor, diese Interpellation in den nächsten Tagen ausführlich zu beantworten. Bei Beginn der Sitzung am 18. d. M. stellte der Abgeordnete Schubert den Antrag: „Der Landtag wolle sein Bedauern über die Fortdauer des Standrechts in Baden aussprechen und zugleich gegen die hohe Staats-Regierung das Vertrauen zu erkennen geben, sie werde nach Kräften dahin wirken, daß die wegen des badischen Aufstandes Angeschuldigten ihren ordentlichen Richtern unterstellt würden." Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig anerkannt. Es war indeß schon zwei Tage früher eine von dem Abgeordn. Dommrich gestellte Interpellation über denselben Gegenstand von dem Staatsminister v. Watzdorf dahin beantwortet worden, daß die Regierung nichts gethan habe und ihrer Stellung nach auch nichts thun könne, um die Standrechts-Verurtheilungen in Baden zu verhindern.

(K. Z.)

**Dresden**, 23. Okt. [Erklärung.] Der Staatsminister von Zeschau ist gestern Abend hier von Berlin eingetroffen. Die Wendung, welche die Verhandlungen des Verwaltungsrathes bezüglich der Einberufung eines Reichstages genommen, machte es für ihn wie für den k. hannoverschen Bevollmächtigten unmöglich, sich bei den noch ferner in Aussicht stehenden Berathungen über diesen Gegenstand zu betheiligen. Herr v. Zeschau hat sich unter diesen Umständen darauf beschränkt, in Gemeinschaft mit dem Bevollmächtigten Hannovers eine verwahrende Erklärung abzugeben. Zugleich hat derselbe den Vorsitzenden des Verwaltungsraths davon benachrichtigt, daß der königl. sächs. Geschäftsträger zu Berlin beauftragt sei, einstweilen diejenigen Mittheilungen zu machen und entgegenzunehmen, zu welchen der Vertrag vom 26. Mai Anlaß geben dürfte, so wie auch sofortige Anzeige zu erstatten, sobald im Verwaltungsrathe Verhandlungen stattfinden sollten, welche die Theilnahme des sächsischen Bevollmächtigten vertragsmäßig erforderlich machten. (Eine ganz ähnliche Erklärung des hannoverschen Bevollmächtigten ist in der Hannoverschen Zeitung erlassen) (Leipz. Z.)

# **Dresden**, 25. Oktober. [Muthmaßlicher Ausfall der Wahlen.] Es unterliegt keinem Zweifel, so wenig auch die konservativ-liberale Partei geneigt sein möge, es zuzugestehen, daß die Majorität der zweiten Kammer aus radikalen Elementen bestehen wird. Obgleich die Eröffnung des Landtages schon auf nächsten Dinstag angesetzt ist, so ist doch bis heute nur das Resultat der Wahlen aus 30 Bezirken (es giebt deren 75) bekannt; ein Drittel der Gewählten gehört den verschiedenen Fraktionen der konservativen Partei an, während die Radikalen zwei Drittel zählen. Diese Zahl wird sich durch die unausbleibliche Ungiltigkeitserklärung aller der Wahlen, welche auf suspendirte Rechtsanwälte oder Staats- und Gemeinde-Beamte gefallen sind, etwas vermindern, und hier und da dürften einzelne Nachwahlen der Kammer noch konservative Elemente zuführen; jedoch ist darauf nicht gar viel zu bauen. Die bisher gewählten Suspendirten sind Regierungsrath Heubner in Zwickau, Bürgermeister Schmidt in Wurzen, Bürgermeister Helbig in Borna, Stadtrichter Schaffrath in Neustadt. In der ersten Kammer stellt sich das Verhältniß schon anders; freilich kommen hier vielleicht noch mehrere Kandidaten der Volkspartei durch, als in der zweiten; aber der Radikalismus dieser Männer (zumeist Bauern) ist gesättigt, sobald sie nur etwas für die eigene Tasche davongetragen haben. Die Consequenzen des ultra-demokratischen Systems machen ihnen selbst bange, und für tüchtige Köpfe und redliche Charaktere, wie sie mit Geheimrath Weinlig, mit Konsul Dufour-Feronce und dem Ex-Minister von Carlowitz in die erste Kammer treten, wird es eine vielen Erfolg versprechende Aufgabe sein, hier die Majorität für die liberale Partei zu gewinnen, und der ziemlich urtheilslosen großen Menge die Bedeutung der preußischen Politik, von der sich Sachsen nicht ohne größten Nachtheil für sich und den gesammten deutschen Bundesstaat trennen kann, klar zu machen. Daß die Regierung den gebildeteren Theil des Volkes durch ein Verhalten, welches in der Abberufung des Herrn von Zeschau aus Berlin seinen letzten Ausdruck gefunden hat, aufs Empfindlichste verletzt und zur entschiedenen Gegnerschaft in den Kammern hindrängt, bedarf keiner Bemerkung. Man wird sich schwerlich einreden lassen, daß die Regierung die Berechtigung zur Verläugnung ihrer im Bündniß vom 26. Mai klar vorgezeichneten Pflichten habe. Die demokratische Partei sieht diesem heraufziehenden Unwetter in vollster Passivität zu.

---

**Mit einer Beilage.**

# Beilage zu № 251 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 27. Oktober 1849.

**Hannover**, 23. Oktober. [Die sächsische und hannoversche Erklärung.] Die „Hannover'sche Zeitung" veröffentlicht eine Erklärung der Herren von Wangenheim und v. Zeschau an den Vorsitzenden des Verwaltungsraths in Berlin. Wir ersehen daraus, daß am 15. Januar die Wahlen zu einem engsten Reichstage stattfinden sollen, wobei es den einzelnen Regierungen überlassen wird, ob sie sich daran betheiligen wollen oder nicht. Die Herren W. und Z. erblicken darin eine Maßregel, welche die äußere und innere Sicherheit Deutschlands bedroht, kommen auf die Nothwendigkeit einer Verständigung mit Oesterreich zurück und protestiren gegen die Einberufung eines Reichstages. An dem Bündnisse vom 28. Mai wollen sie festhalten — bis zum 28. Mai 1850 — noch sieben Monate!

**Hannover**, 23. Oktober. [Ausschreiben des Ausschusses der Volks-Vereine.] Der auf dem Volkstage zu Bremen erwählte Ausschuß hat eine Ansprache über die Aufgaben der demnächst zusammentretenden Stände an die Vereine und die vielen mit ihnen verbundenen Gemeinden erlassen.

„Was sodann die Aufgabe der Stände in nächster Diät betrifft — heißt es weiter — so glauben wir, daß die Vertreter des hannoverschen Volkes ihre volle Kraft und ungestörte Aufmerksamkeit den speziellen hannoverschen Angelegenheiten zuwenden müssen, ohne jedoch von den Rechten, die ihnen die endgültig beschlossene und zu Recht bestehende Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März v. J. gewährt, das Geringste aufzugeben."

[Magistrat und Bürgervorsteher] haben heute in öffentlicher Sitzung beschlossen, eine Forderung der Landdrostei, zu den Kosten der Polizeiverwaltung noch 2300 Thaler mehr zu zahlen, abzulehnen, die Verwaltung der Polizei sofort wieder zu übernehmen und die Regierung zu ersuchen, es möge eine Kommission von Regierungsbevollmächtigten und Mitgliedern der städtischen Behörden zusammentreten, um die Art zu berathen, wie die städtische Verwaltung einzuführen und namentlich das Verhältniß derselben zu Linden und den Vorstädten zu ordnen sei. (Hannov. Z.)

**Hamburg**, 24. Oktober. [Militärisches.] Heute Nachmittag ist ein Bataillon vom 8ten preußischen Infanterie-Regiment aus Kolberg hier angekommen. Morgen und übermorgen werden noch 2 Bataillons dieses Regiments hier erwartet, wie es heißt, um sich nach den Herzogthümern zu begeben. (H. C.)

## Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

**Altona**, 24. Oktober. Mit dem heutigen Morgenzuge kamen Gagern und Mathy von Kiel zurück, sie wurden auf dem Bahnhofe von Dr. Rießer und vielen Neugierigen aus den höheren Ständen empfangen. Gagern fuhr gleich nach Hamburg, wo er um 5 Uhr zum Festessen erwartet wird. Während Gagern im großen Saale der Tonhalle von den sogenannten Patrioten gespeist wird, werden im Nebensaale die Männer des Berges unserer Konstituante über die Auflösung der constituirenden Versammlung berathen. — Die dänischen Schiffe, 5 an der Zahl, liegen noch immer vor dem Eckernförder Hafen, 3 Kanonenböte und das Kriegsdampfschiff Bonin sind bereits von Kiel abgegangen und haben sich gleichfalls vor den Eckernförder Hafen gelegt, und sollen die Absicht haben, die Gefion nach Kiel zu bringen; ob es aber gelingen und ob man sie ausliefern wird, werden die nächsten Tage lehren, indessen rücken 3000 Mann Preußen hier ein, die Fouriere sind schon eingetroffen. Das zunächst einrückende Regiment ist das 7., wie es aber mit der Weiterbeförderung sein wird, wissen wir noch nicht, vorläufig hat die hiesige Eisenbahndirektion noch keine Ordre dazu von Kiel erhalten, doch wird sie gewiß ertheilt werden. — Sonst sind die Verhältnisse im Lande noch dieselben, die Renitenz noch ganz dieselbe, so daß sich Bürgermeister Davids in Husum zu erklären gezwungen sah, daß kein Magistrat daselbst existire. (Konst. Z.)

**Altona**, 24. Oktbr. Der Friedens-Abschluß scheint nahe vor der Thür zu stehen. Eine diplomatische Sendung folgt der andern und Kouriere kreuzen sich zwischen Kiel und Berlin. Auf der Altona-Kieler Bahnstrecke fährt fast täglich ein Extrazug und selbst die Nächte bringen uns und expediren solche. So wurde der Bürgermeister Dr. Balemann vorgestern Nacht mit einem Extrazuge von Kiel auf hier befördert. Das sind Thatsachen, die unstreitig darauf schließen lassen, daß die Friedens-Unterhandlungen ihren Kulminationspunkt erreicht haben. Inzwischen sieht man hier mit Besorgniß dem Abschlusse desselben entgegen.

## Oesterreich.

* **Breslau**, 26. Oktober. Die neueste Wiener Post ist ausgeblieben.

## Italien.

⊙ **Neapel**, 13. Oktober. [Die Pacificirung Siciliens.] Man kann in Deutschland noch nicht recht begreifen, wie der König von Neapel im Stande gewesen ist, ein Volk, das sich Anfangs so heldenmüthig benahm, wie das der Sicilianer, so leicht bewältigen konnte, da dort weder republikanische noch kommunistische Elemente vorhanden waren, welche die Völker in andern Ländern um die Früchte der Revolution betrogen haben. Jetzt ist man im Stande, das Räthsel zu lösen. Es fanden sich nämlich unter den Aristokraten Verräther an der Sache des Volkes. Man nennt in dieser Beziehung vorzüglich einen Fürsten Petrulla, der wegen Präcedenzien in seinem Lebenswandel schon längst verhaßt war; bei der damaligen Aufregung plünderte der Pöbel sein Haus, und dies soll ihn vermocht haben, in London dem Kabinet den Glauben beizubringen, daß die sicilianische Revolution in unreinen Händen sei und daß jede Unterstützung verloren sei. Außerdem nennt man einen Baron Colubria, der ganz ungestört auch jetzt Kommandeur der gesammten National-Garde Siciliens ist. Obwohl nun 43 Häupter der Bewegung des Landes verwiesen sind, so haben sich doch so viele aus Mißtrauen gegen die neapolitanische Regierung aus Sicilien geflüchtet, daß man deren Anzahl auf 5000 anschlägt. Der bekannte Archäolog, Herzog Serradifalco, befindet sich als Ausgewiesener jetzt in Turin, der Herzog von Butera, welcher sich als Historiker ausgezeichnet hat, in Genua. Der bekannte Statistiker Livrosa ist jetzt als Professor in Turin angestellt, Amori und andere befinden sich in Paris. Unsere der Verhaftung mit Mühe entgangenen Abgeordneten zum Parlament, welche noch nichts hatten verbrechen können, weil das Parlament schon 3 Mal aufgelöst wurde, ehe es anfing zu wirken, sind meist nach dem Piemontesischen gegangen. Selbst die Gemahlin eines der Mitglieder, welche sich vor dem Kerker retten mußten, Graf Mancini, bekannt durch seine juridischen Werke, war der Verhaftung sehr nahe. Er hatte nämlich lange vor der Revolution ein klassisches Trauerspiel „Inec" geschrieben; bei der während der letzten Zeit stattgefundenen Vorstellung dieses Stückes wurden einige Stellen mit Beifall aufgenommen, was eben so gut in jedem andern Lande geschehen wäre; hier aber fand man Anspielungen auf jetzige Gegenstände, welche der Verfasser natürlich damals nicht wissen konnte.

## Großbritannien.

**London**, 20. Oktbr. [Die europäische Reaktion.] „Der Globe", das bekannte Organ Lord Palmerstons, enthält heute wieder einen merkwürdigen Artikel über **die zügellose Reaktion auf dem Kontinent**, namentlich in Neapel und Oesterreich; er zeigt darin, wie das Treiben dieser Regierungen zu neuen Revolutionen führen müsse. „In Neapel, sagt er, sind die Gefängnisse mit einem Heer von „Verdächtigen" angefüllt, deren Zahl verschiedentlich von 1600 bis 40,000 angegeben wird. Auch sind die Angriffe der Regierung nicht auf die extremen Liberalen beschränkt. Weder Mäßigung politischer Gesinnung, noch die Würde der Stellung bieten einen Schutz gegen die Rachsucht König Ferdinands und seiner Minister. Von 120 Mitgliedern der letzten Deputirtenkammer sind 80 in diesem Augenblicke verhaftet oder haben sich nur durch Flucht gerettet. Drei von den Ministern der letzten 12 Monate — Ruggiero, Conforte und Imbriani — sind in die Verbannung getrieben, und zwei von ihnen, Scralaga, Minister der öffentlichen Arbeiten, und Marquis Dragonetti, Minister des Aeußern, schmachten im Gefängniß. Und während diese massenhafte Verfolgung den Prozeß wiederholt, der bis zum Februar 1848 jeden aufgeklärten Konservativen in Neapel in das Bündniß mit der republikanischen Partei trieb, werden die Berichte von einem ähnlichen Verfahren des österreichischen Kabinets jeden Tag finsterer. **Nicht länger kann man sich die schreckliche Thatsache verbergen, daß die Staaten zweier christlichen Monarchen der Schauplatz von Proskriptionen einer schonungslosern und blutigern Art geworden sind, als irgend welche, die Europa seit dem Tode Ludwigs XIV. erlebt hat, mit alleiniger Ausnahme der französischen Schreckensherrschaft.**" (Nat.-Z.)

## Frankreich.

× **Paris**, 23. Oktober. [Ministerielles. — Die orientalische Angelegenheit. — Aus Rom und Neapel. — Eine österreichische Note an das englische Kabinet.] Das Resultat der Diskussion über die römische Frage ergiebt sich als ein doppeltes: Schwächung der Macht und des Einflusses des Präsidenten auf die Majorität und gnadenvolle Aufnahme des Ministeriums von eben derselben Majorität. Die persönlichen Feinde des Kabinets verzeihen ihm zwar nicht, und ihre Organe setzen den Krieg gegen den tiers-parti fort; aber in Wahrheit ist das Ministerium jetzt stark konsolidirt, nachdem es sich so nachgiebig gegen die Majorität gezeigt hat. Nur Falloux wird ausscheiden müssen, da ihm sein Gesundheitszustand das Verbleiben in den Geschäften nicht gestattet. Der Präsident der Republik möchte dieses Portefuille nur zu gern an einen Bonapartisten übertragen, und man nennt unter Andern den Herrn von der Moskwa; allein Louis Napoleon wird von Geldverlegenheiten dominirt, und er wird bei der Besetzung der Ministerstelle auf den Willen der Majorität Rücksicht nehmen müssen, um die Vermehrung der Subsidien zu erlangen. — In Betreff des Staatsstreichs, von dem jüngst die Rede war, zirkulirt eine nicht üble Geschichte, die ich nicht unerwähnt lassen kann. Man versichert nämlich, daß Herr v. Persigny bei seiner Mission in Wien weder eine Frau noch Geld für den Präsidenten suchte, sondern — Sie werden es schwerlich errathen — die Leiche des Herzogs von Reichstadt. Diese Leiche sollte über das adriatische und Mittelmeer geführt werden, so daß sie am 15. Dezember, dem Jahrestage der Einholung der Asche Napoleons, anlangen sollte, und man hätte natürlich von diesem Zusammentreffen nur kaiserliche Eventualitäten zu erwarten gehabt. Unglücklicher Weise soll der Kaiser von Oesterreich die Auslieferung der Ueberreste seines Verwandten schlechterdings verweigert haben, unter dem Vorwande, daß dieser Erzherzog gewesen und der deutschen Linie angehöre. — Nach einem heute stattgehabten außerordentlichen Ministerconseil, um über die diesen Morgen aus Rom und Petersburg angekommenen Depeschen zu berathen, begab sich der Präsident der Republik nach der Vorstadt St. Antoine, wo er seine Besuche in den Arbeiter-Werkstätten fortsetzte; er war begleitet von dem Seine- und Polizei-Präfekten, seinem General-Secretair Fer. Barrot und den Ordonnanz-Offizieren. — An der Börse wollte man heute wissen, daß die englische Eskadre bereits vor den Dardanellen angelangt sei, und daß Privatbriefe aus Petersburg den Krieg als unvermeidlich darstellen. Zuverlässigere Nachrichten jedoch, die ich heute erhalten, stellen die friedliche Ausgleichung fast als gewiß hin. Das englische Gouvernement soll seinem Gesandten in Wien, Betreffs der Ihnen gestern mitgetheilten energischen Depesche, Contreordre gegeben haben, als es sah, daß Frankreich der kriegerischen Politik nur ungern folge und es überhaupt bezweifeln mußte, ob Frankreich bei ihm aushalten werde. Lord Palmerston soll demnach seinen Eifer etwas gemäßigt haben; jedenfalls ist dem Admiral Parker die Ordre zugegangen, sich mit seiner Eskadre den Dardanellen zu nähern, allerdings mit der Instruktion, sich vorläufig jeder Bewegung zu enthalten, die Unruhe verursachen könnte. — Nach den heutigen Nachrichten aus Rom soll der Papst erst zu Weihnachten dorthin zurückkehren! — In Neapel dauern die Verhaftungen fort. Man behauptet jedoch, daß die Minister Fortunato und Durso sich dieser nutzlosen Strenge widersetzen und erklärt haben, die Constitution aufrechthalten zu wollen. — Die vollständige Trennung in der Verwaltung Siziliens und Neapels soll beschlossen sein. Alles die Civil- und politischen Institutionen Betreffende ist vertagt. — Das österreichische Kabinet hat bei dem zu London einen energischen Protest gegen die Bestrafung von zwei Armeniern eingelegt, die in Folge der Revolte auf Cephalonien von dem englischen Gouverneur angeordnet war. Diese Differenz scheint jedoch keine ernste Verwickelung herbeizuführen.

## Schweden.

**Stockholm**, 19. Oktober. Goldschmidt's „Nord und Süd" enthält eine interessante Betrachtung über die Stellung Rußlands seit der Unterwerfung Ungarns. **Das Uebergewicht, das Rußland seit den jüngsten Ereignissen in Europa erworben, beunruhigt überhaupt hier die öffentliche Meinung nicht wenig.**

## Belgien.

**Brüssel**, 22. Oktbr. Fürst Metternich wurde vom König im Schlosse Laeken empfangen. — Es heißt, der König werde Donnerstag nach Lüttich reisen, wo auch der Reichsverweser, Erzherzog Johann, erwartet würde.

# Lokales und Provinzielles.

† **Breslau**, 26. Oktbr. [Polizeiliche Nachr.] Am 23. d., des Nachts gegen 11 Uhr, überfielen zwischen Groß-Tschantsch und Radwanitz 14 Männer einen Fuhrmannswagen und raubten von demselben ein Faß Zucker, 6 Centner an Gewicht und einige Säcke Reis.

In der Nacht vom 23. zum 24. wurden aus zwei

in der Ohle an der Promenade angelegten Fischhältern 2 Schock verschiedene Fische entwendet.

In der Nacht vom 25. zum 26. wurde eine in dem Hause Nr. 17 in der großen Rosengasse im 2. Stockwerk befindliche verschlossen gewesene Küche erbrochen und aus derselben ein lebender Ziegenbock gestohlen.

Seitens der hiesigen Stadtbau-Deputation werden vom 22. bis incl. 27. d. M. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 36 Maurergesellen, 12 Steinsetzer, 11 Zimmergesellen und 163 Tagearbeiter.

---

§ **Breslau**, 26. Oktober. [Schlesischer Central-Verein für die freie Volksschule.] Aus der gestrigen Versammlung ist wenig zu berichten. Bei Verlesung des Protokolls über die vorige Zusammenkunft wurden mancherlei Einwendungen gegen die Zeitungsberichte erhoben; namentlich ward ein Referat der „Schlesischen Zeitung" in vielen seiner Angaben als „unrichtig" bezeichnet. Die Majorität entscheidet sich gegen jede Berichtigung von Seiten des Vereinsvorstandes, dieselbe bleibt dem betheiligten Mitglied oder den Referenten überlassen. Offizielle Referate werden fortan nur im „Pädagogischen Wachter" und in der „Schlesischen Schullehrer-Zeitung" erscheinen. Ein Vorschlag des Kreislehrervereins zu Hirschberg, auf Erweiterung des „Pädagogischen Wächters" durch ein Beiblatt für die persönlichen Interessen im Bereiche des Lehrerstandes — wird nach einer kurzen Besprechung für nicht annehmbar erachtet. — Der Vereinspräsident macht einige Mittheilungen über die Ende vorigen Monats zu Nürnberg abgehaltene allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung. In der nächsten Sitzung wird derselbe Redner eine vollständige Uebersicht über die Thätigkeit jener Versammlung liefern. — Der Rest des Abends füllte die Fortsetzung des in voriger Sitzung unterbrochenen freien Vortrags: Ueber das Wesen und die Aufgabe der freien Volksschule.

---

## Theater.

Die Zeitungen hatten vor mehreren Jahren gewiß nicht zu viel verkündet, als sie in Karl Zwengsahn den deutschen Shakespeare ausriefen. Nur darin hatten sie sich geirrt, daß sie ihn vor mehreren hundert Jahren leben ließen, da ihn die Vorsehung zum leuchtenden Stern unsers Jahrhunderts bestimmt hat. Wer an der Shakespeareschaft Zwengsahns noch zweifeln wollte, der sehe „Glück und Talent," das neueste Produkt unsers Dichterheros, ein Schauspiel, zu groß, zu erhaben für uns arme Erdensöhne, ein Schauspiel für Götter!

Von Shakespeares „Romeo und Julia" sagte Lessing, die Liebe selbst habe dieses Werk diktirt. Was würde er von Karl Zwengsahns „Glück und Talent" gesagt haben? Hier gewiß hätte dem Vater der Kritik der Ausdruck gefehlt! Denn mit welchen Worten ließe sich die himmelanstrebende, verzehrende, aufreibende und zerstörende Liebe des Rechtskandidaten Heinrich Theobald und der geheimräthlichen Amalie Braun bezeichnen? — Das Schicksal, das Romeo und Julia trennt, liegt dort in dem historisch gewordenen Familienhaß der Montecchi und Capuletti. Karl Zwengsahns giebt seinem Liebespaare mehrere Schicksale zu gleicher Zeit, und was für welche! Heinrich und Amalie lieben sich, ohne von ihrer gegenseitigen Liebe unterrichtet zu sein — erstes Schicksal! Heinrich ist arm — zweites Schicksal! Heinrich hat eine Broschüre über die Einkommensteuer geschrieben, die kein Buchhändler verlegen will — drittes Schicksal! Der einzige Buchhändler, der den großen Schatz dieser Broschüre entdeckt und Heinrich zu Ruhm und Ehre bringen möchte, stirbt plötzlich — viertes Schicksal! Heinrich verkauft die Broschüre nebst dem Autorrecht und kann daher bei der ausgeschriebenen Preisschrift nicht konkurriren — fünftes Schicksal! Heinrich liest die Verlobungsanzeige Amaliens in der Zeitung — sechstes Schicksals! Heinrich kauft sich eine Pistole und schießt — doch vorbei — siebentes und allerschrecklichstes Schicksal! — Shakespeare wußte mit dem Einen Schicksal nicht fertig zu werden, und Romeo und Julia müssen untergehen. Ganz anders der Genius Zwengsahns; der weiß sich mit sieben Schicksalen abzufinden, und Heinrich und Amalie werden ein glückliches Paar! Wir sind nicht im Stande, so tief in die geheime Werkstätte des schaffenden Genius einzudringen, um das feine Räderwerk zu zergliedern, das diese herben Schicksale treibt und am rechten Punkte gebannt hält. Wir vermögen den Beherrscher der sieben Schicksale nur anzustaunen und rathen dem Leser die nächste Vorstellung von „Glück und Talent" zu besuchen und mit uns anzustaunen!

Und nun von der Mischung der höchsten Tragik und des weltzersetzenden Humors zu sprechen, so überragt auch hierin der deutsche Shakespeare seinen britischen Vorgänger. Denn was bedeutet z. B. der Humor Mercutio's neben dem Liebesschmerze Romeo's im Vergleich mit der einen Unterredung zwischen dem Rechtskandidaten Heinrich und dem alten Leiermann! Ersterer mit der Pistole in der Tasche, bis zum Tode verzweifelt über den Verlust einer Geliebten, der er noch gar nicht einmal seine Liebe gestanden, und Gott und die Welt verfluchend, — letzterer seine gemüthliche Lebensgeschichte erzählend und beiläufig auch von dem Schicksal der Lieder „Heil dir im Siegerkranz" und der „Marseillaise." Unvergleichlicher Humor dieser Gegensätze, der sich fast durch das gauze Werk hindurchzieht! —

Endlich die Versöhnung! Mit der Auffassung dieses Punktes begründet Zwengsahn eine neue Weltanschauung, die nur bestimmt sein kann, die Denkweise aller kommenden Generationen zu beherrschen. Heinrich Theobald, der geliebt hat, ohne es seiner Amalie zu sagen, der eine Broschüre über die Einkommensteuer geschrieben hat, ohne einen Verleger zu finden, der eine Pistole auf sich abgefeuert hat, ohne sich zu erschießen, dieser Heinrich Theobald entschließt sich endlich, als er Amalie und ein Amt bekommt, sich mit der Vorsehung, nicht aber mit der Menschheit zu versöhnen. Alberne Idee das, so vieler Denker und Dichter, die Vorsehung in der Menschheit zu begreifen und darzustellen, und die Versöhnung des Schicksals in der Harmonie der Idee der Vorsehung mit der der Menschheit zu finden, selbst wenn das Individuum dabei zu Grunde geht. Im Gegentheil! Die Vorsehung hat die Broschüre über die Einkommensteuer zu Ehren kommen lassen, drum Preis ihr! Für die Menschheit, die mit dieser Broschüre Mißbrauch getrieben hat, keine Gnade!

Großer Verfasser von „Glück und Talent," die Nachwelt wird dem Jahrhundert Glück wünschen, das solch ein Talent gesehen! M. K.

---

# Inserate.

## Bekanntmachung.

Vom 1. November d. J. ab treten im Gange der Posten der Provinz Schlesien folgende Veränderungen ein.

Von einem täglichen auf einen wöchentlich dreimaligen Gang werden beschränkt:

die Personenpost zwischen Kreuzburg und Guttentag
geht ab aus Guttentag am Sonntag, Dinstag und Donnerstag $6\frac{1}{2}$ Uhr früh,
" " " Kreuzburg an denselben Tagen um 5 Uhr Nachmittags;
die Personenpost zwischen Neisse und Ziegenhals
geht ab aus Ziegenhals am Dinstag, Donnerstag und Sonnabend 6 Uhr früh,
" " " Neisse an denselben Tagen um $12\frac{1}{2}$ Uhr Mittags;
die Personenpost zwischen Oels und Festenberg
geht ab aus Festenberg am Sonntag, Dinstag und Donnerstag um $8\frac{1}{2}$ Uhr früh,
" " " Oels an denselben Tagen um 3 Uhr Nachm.;
die Personenpost zwischen Gr.-Strehlitz und Gogolin
geht ab aus Gr.-Strehlitz am Montag, Mittwoch und Freitag um 1 Uhr Nachm.,
" " " Gogolin an den folgenden Tagen um 12 Uhr 45 Min. Nachm.;
die Personenpost zwischen Breslau und Auras
geht ab aus Auras am Montag, Mittwoch und Freitag um 5 Uhr früh,
" " " Breslau an denselben Tagen um 5 Uhr Nachmittags;
die Kariolpost zwischen Leschnitz und Kandrzin
geht ab aus Leschnitz am Sonntag, Dinstag und Donnerstag um $7\frac{3}{4}$ Uhr früh,
" " " Kandrzin an denselben Tagen um 12 Uhr Mittags;
die Kariolpost zwischen Kempen und Namslau
geht ab aus Kempen am Sonntag, Dinstag und Donnerstag um 10 Uhr Abends,
" " " Namslau an den folgenden Tagen um 9 Uhr Abends.

Mit Ausnahme der zuerst genannten beiden Posten, für deren Beschränkung anderweitig bestehen bleibende tägliche Postverbindungen Ersatz gewähren, werden an den Tagen, an welchen die fahrenden Posten ausfallen, zur Erhaltung der Verbindung für Correspondenz, kleine Päckereien und Gelder von geringem Betrage Botenposten in Gang kommen.

Von einem täglich zweimaligen auf einen täglich einmaligen Gang werden beschränkt:

die Personenpost zwischen Mettkau und Zobten,
geht ab aus Zobten um 6 Uhr früh,
" " " Mettkau um $6\frac{1}{2}$ Uhr Abends;
die Cariol-Post zwischen Ratibor-Hammer u. Rauden,
geht ab aus Rauden um $7\frac{3}{4}$ Uhr früh,
" " " Ratibor-Hammer um 1 Uhr Nachm.;
die Cariol-Post zwischen Ujest und Rudzinitz,
geht ab aus Ujest um 9 Uhr früh,
" " " Rudzinitz um $12\frac{1}{4}$ Uhr Nachm.

Die zweite tägliche Verbindung zum Anschluß an die zweiten Dampfwagen-Züge nach und aus Breslau wird durch eine Botenpost unterhalten.

Aufgehoben werden:
die Personenpost zwischen Oppeln und Gleiwitz,
" " " Tost und Gleiwitz,
" " " Brieg und Nimptsch auf der Strecke zwischen Nimptsch u. Heidersdorf.
die Cariol-Post zwischen Gr.-Strehlitz und Ujest.

Neu eingerichtet werden:
eine tägl. Personenpost zwischen Oppeln u. Gr.-Strehlitz,
geht ab aus Oppeln um $9\frac{1}{2}$ Uhr Abends,
" " " Gr.-Strehlitz um 2 Uhr früh;
eine tägl. Personenpost zwischen Gr.-Strehlitz u. Gleiwitz
geht ab aus Gr.-Strehlitz um $6\frac{1}{2}$ Uhr früh,
" " " Gleiwitz um 1 Uhr Nachm.;
eine Botenpost zwischen Wünschelburg und Neurode,
geht ab aus Wünschelburg am Sonntag, Dinstag, Donnerstag u. Sonnabend um 1 Uhr Nachm.
geht ab aus Neurode an denselben Tagen um $5\frac{1}{2}$ Uhr Nachm.

Brieg, 26. Oktober 1849.

Königl. Post-Inspektion.

---

In Nr. 248 der Schlesischen Zeitung hat Herr Baron v. Quernheimb in Anregung gebracht, den Jahrestag des Eintritts des jetzigen Ministerii durch eine Adresse an den Herrn Minister-Präsidenten und Herrn Minister v. Manteuffel, dankbar in Erinnerung zu bringen. Im Auftrage Mehrerer, bitte ich diejenigen, welche sich dafür interessiren, Sonnabend den 27. d. Abends 6 Uhr im kleinen Saale im König von Ungarn zu einer Besprechung sich einfinden zu wollen.

Breslau, den 26. Oktober 1849.

v. Negelein.

---

Bezug nehmend auf die heutige Bekanntmachung der Handelskammer theilen wir den Herren Produzenten in ihrem Interesse mit, daß ein großer Theil der Gewerbtreibenden, Kaufleute und Mäkler, die bei dem Produkten-Handel sich am stärksten betheiligen, sich verpflichtet haben: **ihre Einkäufe nicht mehr am Neumarkte, sondern an der Börse, im geräumigen und geheizten Lokal, von 7—10 Uhr Morgens zu machen.**

Breslau, den 26. Oktober 1849.

Das Comité der Korn- und Produkten-Börse.

---

Gestützt auf die heutige Erklärung der Handelskammer, daß von nun ab der Probehandel in Cerealien provisorisch auf der Börse abgehalten werden darf, fühlen wir Unterzeichnete uns verpflichtet, unseren Committenten gegenüber hiermit zu erklären, daß wir nach wohlerwogener und reiflicher Ueberlegung uns nicht veranlaßt fühlen, den Neumarkt zu verlassen, sondern im **Interesse** unserer Committenten nach wie vor auf dem Neumarkt zu treffen sind und nur dort die Verkäufe bewerkstelligen werden, indem nur ein Theil der Kaufleute den Neumarkt verlassen, dagegen der größte Theil der Gewerbtreibenden, ihre Einkäufe nach wie vor auf dem Neumarkt machen und permanente Konsumenten den zeitweisen stets vorzuziehen sind.

Breslau, den 25. Oktbr. 1849.

D. Wolff, Marktmeister. Blaschke, Kaufmann, Anton Paleschke, Getreidehändler. Friedrich Bächer. Mäkler. Louis Somnitz, Mäkler. G. Herbig, Müllermeister. Wolf Simmel, Produkten-Mäkler. Engel-Getreide-Mäkler. L. Menasse, Getreide-Händler, A. Menasse, Getreide-Mäkler. Einenkel, Bäckermeister. S. W. Wollheim, Mäkler. Sal. Simmel sen., Mäkler. R. Müncke, Getreide-Händler. Laskowitz, Getreide-Mäkler. Anwand, Müllermeister. Wagner, Getreide-Händler. Schirdevan, Weinbrenner. Näglein, Mäkler. Mühl, Müllermeister. H. Piesek, Getreide-Händler. Lobethal, Getreide-Mäkler. Scholz, Brenner. J. G. Scholz, Mäkler. Sust I., Mäkler-Sust II., Mäkler. Baumann, Bäcker. Frommert. Mäkler. A. Fiebach, Kaufmann. Kaiser, Händler, Herger, Getreide-Händler. Acho, Getreide-Händler. Franke, Getreide-Händler. Acho, Mehl-Händler. Anklam, Mäkler. Kupke, Müller. Hänel, Kretschmer. Scheffler, Getreide-Händler. Micke, Bäckermeister. Müller, Händler. Geiger, Händler. Döring, Getreide-Händler. Kriener, Getreide-Händler. Gilke, Getreide-Händler. Breier, Bäcker und Händler. M. Rösler-Kiefner, Mäkler. Ziegler, Mäkler. Klink, Mäkler. Bernhard, Händler. Keuschner, Händler. Lücke, Bäcker. Meister. Bräuer, Mehl-Händler. Monath. Sabath-Mäkler. G. Scholtz, Mäkler. Stenz, Mäkler, Steinert, Mehl-Händler. Baron, Händler. Käser. Bäckermeister. Chotton, Bäckermeister. Wende, Kretschmer. Freund, Mäkler und Mehl-Händler, Ernst, Mäkler. Prägel, Mehl- und Getreide-Händler. Schwarz, Händler. Scholz, Händler. Henschel, Händler. Tenzer, Händler. Liebich, Händler. Borsig-Händler. Zcurek, Händler. Zanke, Händler.

---

Der berühmte europäische Guitarrenspieler Stanislaus Szczepanowski, welcher in England am Hofe der Königin mehrere Concerte gegeben und sich durch seine unvergleichliche Kunstfertigkeit den Namen „Paganini of the guitarre" erworben hatte; von den Franzosen „le roi de guitarre" genannt worden ist, wird auch unsere Stadt gegen Anfang November besuchen und die Musikliebhaber mit seinem Zauberspiele unterhalten.

---

## Constitutionelle Bürgerressource

Montag den 29. Oktober.

Gegenstände der Berathung:

1) Wahl des Vorstandes.
2) Verhandlung, wie der Ueberfüllung in den Mittwochkonzerten vorzubeugen sei.

**Theater-Nachricht.**

Sonnabend. 24ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Berlin bei Nacht.“** Posse mit Gesang in 3 Akten von D. Kalisch. Musik theils neu komponirt, theils nach bekannten Melodien arrangirt von F. W. Meyer.

**(Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.)**

Sonntag. 25ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Neu einstudirt: **„Faust.“** Große Oper in 3 Aufzügen, Musik von Spohr.

---

K. 29. X. 6. Conf. □ I.

K. 29. X. 7. Conf. □ III.

H. 29. X. 6½. R. □ III.

Verein △ 29. X. 6. J. △ I.

---

Entbindungs-Anzeige.

Gestern Nachmittag wurde meine liebe Frau, geb. Weigert, von einem Knaben glücklich entbunden. Dies zeige ich allen Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst an. — Breslau, 26. Oktober 1849.

Benno Meidner.

---

Entbindungs-Anzeige.

Die heut Morgen glücklich erfolgte Entbindung seiner lieben Frau Emilie, gebornen Drabich, von einem gesunden Mädchen, beehrt sich Verwandten und theilnehmenden Freunden, statt besonderer Meldung, ergebenst anzuzeigen: R. Kuntnawitz.

Ohlau, den 24. Oktober 1849.

---

Todes-Anzeige.

Nach dem unerforschlichen Rathe des Höchsten schied heute Vormittag nach halb 9 Uhr nach kurzem Krankenlager an den Folgen der Cholera der Rathmann und Posthalter Herr Leberecht Siebeneicher, in dem kräftigen Alter von 43 Jahren, aus diesem irdischen Dasein. Seiner Familie war er ein treuer, sorgender Vater, der Stadt ein ordnungsliebender, thätiger, höchst achtungswerther Mitbürger und Beamter, uns aber ein lieber Freund und werther Kollege. Darum betrauern wir seinen frühen Hingang und rufen ihm in sein kühles Grab den Scheidegruß nach: „Ruhe wohl!“

Schönau, den 25. Oktober 1849.

Der Magistrat.

Die Stadtverordneten.

---

Todes-Anzeige.

Unsere Tochter Ernestine, unser einziges Kind, ist uns heute in einem Alter von 17 Jahren durch den Tod entrissen worden. Wer die Verstorbene gekannt hat, wird unseren großen Verlust ermessen können und unseren Schmerz durch stille Theilnahme ehren.

Bernstadt, den 23. Oktober 1849.

J. Altmann nebst Frau.

---

Heute, **Sonnabend** den 27. Oct.:

# Thé musical

des Kapellmeisters

# B. BILSE

mit seiner verstärkten Kapelle **im Concert-Saale Karls-Strasse No. 37.**

**L. v. Beethoven's 7te Sinfonie in Adur** — Ouverture zum Sommernachts-Traum — Oberon kommen u. A. zur Aufführung.

Billets à **7½ Sgr.** sind in der königl. Hof-Musikalien-Handlung der Herren **Ed. Bote u. G. Bock,** Schweidnitzer Strasse No. 8, zu haben. Entree an der Kasse 10 Sgr.

= Die Herren werden höflichst ersucht, am heutigen Adend nicht zu rauchen. =

---

**Liegnitzer landwirthschaftlicher Verein.**

Die nächste Vereins-Versammlung findet **Freitag den 2. November d. J.,** Vormittags 10 Uhr, im Landschaftshause statt.

Liegnitz, den 25. Oktober 1849.

**Der Vorstand.**

---

# Im alten Theater.

**Großes**

# Wiener Affen-Theater.

Heute Sonnabend große Vorstellung der vierfüßigen Künstler-Gesellschaft, mit ganz neuen Abwechselungen. Wir laden das geehrte Publikum zu diesen Vorstellungen ein, da unser Aufenthalt hier in Breslau nur sehr kurze Zeit stattfinden kann.

Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

**Johanna Schreyer.**

---

Meine **deutsche, französische** und **englische Lese-Bibliothek,** so wie die damit verbundenen **Journal-** und **Bücher-Lese-Zirkel** empfehle ich zur gefälligen Benutzung.

Wiederverleiher können größere Partien erhalten. **E. Neubourg,** Elisabetstr. 4.

---

Im Verlage von Sechtling in Leipzig ist erschienen und vorräthig zu finden bei **Graß, Barth u. Comp. in Breslau,** Herrenstraße Nr. 20:

# Vollständiges politisches Taschenwörterbuch.

Ein Handbuch zur leichten Verständigung der Politik, der Staatswissenschaften und Rechtsurkunden von **C. F. L. Hoffmann.** 8. geh. Preis 12 Sgr.

---

**Antiquarisch!** Corpus juris civilis ed. Kriegel 4 Rthl. Dass. Folio, Frankfurt 1663, 3 Rthl. Mühlenbruchs Pandekten, 4. Ausg., von Madai, 3 Rthl. Eichhorns Privatrecht, 1845, 2⅓ Rthl. Rabe, Samml. v. Gesetz., 14 Bd., 2½ Rthl. Ministerial-Blatt, 1848, ⅔ Rthl. Knie, Topographie v. Schlesien, 1½ Rthl. Dulk, Pharmacopoea Boruss. 2 Bde., Ladpr. 8⅔ Rthl., für 6 Rthl. Pouillet, Physik, 5 Rtl. Duflos Experimental-Chemie, 1⅓ Rthl. — Schillings Jugendfreund, 2 Bde., 2 Rthl. Botanik von Endlicher und Unger, 3 Rthl. Poissou Mécanique, 2 Bde., 4 Rthl. Freund, lateinisches Lexikon, 2½ Rthl. Georges latein. Lexikon, ganz neu, 2⅔ Rthl. Gesenius, hebräisches Wörterbuch, 2½ Rthl. In der Antiquar-Buchhandlung des

**G. Peuckert,** Schmiedebrücke 25, vis-à-vis dem Hotel de Saxe.

---

In Erinnerung der regen Theilnahme, welche die von uns vor zwei Jahren veranstalteten, für ein grösseres Publikum bestimmten **wissenschaftlichen Vorträge** fanden, haben wir beschlossen, wieder dergleichen in dem bevorstehenden Winter einzurichten, wozu sich auf unser Ersuchen die Herren Prof. DD. **Duflos, Purkinje** und Herr geh. Archivrath Prof. Dr. **Stenzel** bereit erklärt haben. **Letzterer** wird in 7 Stunden über die Geschichte der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., Herr Prof. Dr. **Duflos** in 4 Stunden über organische Chemie mit besonderer Rücksicht auf die als Nahrungsmittel wichtigen organischen Erzeugnisse, und Herr Prof. Dr. **Purkinje** in sieben einstündigen Vorträgen über animales und vegetatives Leben, Athmen, Verdauung, Blut, Ernährung, Entwickelungsgeschichte, Tod und Wiedergeburt sprechen. Herr geh. Archivrath Prof. Dr. **Stenzel** beginnt **Sonnabends, den 3. November, Nachmittag Punkt 5 Uhr,** im Musiksaale der Universität, die Fortsetzung folgt an demselben Tage in den nächstfolgenden Wochen.

Eintrittskarten für die Person 1 Rthl. für sämmtliche Vorträge, auf denen der Hauptinhalt der Letzteren sich im Allgemeinen verzeichnet findet, sind vom 26. Oktober ab in den Buchdandlungen der Herren Max und Comp. und F. Hirt, sowie bei unserem Castellan Gläнz zu erhalten, von welchem auch die **wirklichen Mitglieder** unserer Gesellschaft, die auf farbige Karten **für ihre Person freien Eintritt** haben, dieselben in Empfang nehmen können.

Breslau, den 20. October 1849.

**Das Präsidium der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.**

Göppert. Ebers. Bartsch. Kahlert. G. Liebich.

---

# Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.

In der am 28. September d. J. abgehaltenen siebenten General-Versammlung der sächsisch-schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft sind an die Stelle der statutengemäß ausgeschiedenen Herren Ausschußmitglieder

Herr Bankdirektor **Heinrich Poppe** in Leipzig,
„ Advokat **Friedr. Aug. Lehmann** in Bautzen,
„ Kaufmann **Echtermeyer** in Dresden,
„ Banquier **Heinrich Bassenge** in Dresden,

und nachdem der Konsul Herr **v. Lengerke** die prima loco auf ihn gefallene Wahl als Ausschußmitglied abgelehnt,

Herr Rittmeister a. D. **v. Nostitz-Drzewiecki** auf Paulsdorf,

durch den Ausschuß selbst aber wiederum

Herr Kaufmann **Echtermeyer** in Dresden

gewählt worden. — Den Gesellschaftsausschuß bilden demzufolge gegenwärtig:

Herr Landesältester **v. Thielau,** Vorsitzender.
„ Sparkassendirektor **Heydemann** in Bautzen, Stellv. d. Vorsitzenden,
„ Bürgermeister **Starke** in Bautzen.
„ Hauptmann und Rentbeamte **Reuter** in Bautzen,
„ Doktor **v. Meyer** auf Lieska.
„ Kaufmann **Frommelt** in Bautzen.
„ Rittergutsbesitzer **Schmalz** auf Glossen.
„ Stadtrath **Gätschmann** in Zittau.
„ Bürgermeister **Friedrich** in Löbau.
„ Fabrikant **Herrmann** in Bischofswerda.
„ Rittergutsbesitzer **Schütz** auf Schweta.
„ Kaufmann **Echtermeyer** in Dresden.
„ Elbschifffahrts-Procureur **Nitzscher** in Dresden.
„ Münzmeister **Fischer** in Dresden.
„ Kaufmann **Kölbing** in Herrnhut.
„ Steuer-Procureur **Fleck** in Dresden.
„ Banquier **Heinr. Bassenge** in Dresden.
„ Rittmeister a. D. **v. Nostitz-Drzewiecki** auf Paulsdorf.

Zu gleicher Zeit wird zur Kenntniß gebracht, daß der zu Ende Juni gesetzmäßig ausgetretene Direktor

Herr **Anton** Freiherr **v. Gablenz**

und der stellvertretende Direktor

Herr **Eduard Uhlich**

auf die Zeit vom 17. Juli 1849 bis ult. Juni 1851 wiederum in derselben Eigenschaft von dem Gesellschaftsausschuß gewählt worden sind.

Dresden, den 11. Oktober 1849.

**Der Ausschuß der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

**G. E. Heydemann,** Stellvertreter des Vorsitzenden.

---

# Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.

**Bekanntmachung.**

Das unterzeichnete Direktorium hat aus seiner Mitte auf das Verwaltungsjahr vom 1. Juli 1849 bis zum 30. Juni 1850

den Herrn Freiherrn **Anton v. Gablenz**

zu seinem Vorsitzenden, und

Herrn **Franz Netcke**

zu dessen Stellvertreter erwählt, was hiermit den Statuten gemäß bekannt gemacht wird.

Dresden, den 12. Oktober 1849.

**Das Direktorium der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.**

**v. Burgsdorff. A. Freiherr v. Gablenz. Franz Netcke.**

---

# Weiße Stickereien,

in **schöner neuer Auswahl, Putz-Gegenstände** zur **Ball-Toilette** im **neuesten Geschmack,** empfiehlt:

**J. Seelig,**

Schweidnitzerstraße Nr. 52, erste Etage.

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 1 Tauenzienstraße, Nr. 8 Gabitzerstraße, Nr. 36 Gartenstraße belegenen, dem königl. Bau-Inspektor und Ritterguts-Besitzer Georg Schulze gehörigen, auf 13,234 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, von dem ein Ertrag zur Zeit nur durch Benutzung des allein vollendeten Stallgebäudes erzielt werden kann, haben wir einen Termin auf den **29. Dezember 1849,** Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserem Parteizimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 17. Mai 1849.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Tauenzienstraße Nr. 37 belegenen, dem Schlossermeister Joseph Wilhelm Adolph Tauer gehörigen, auf 11,240 Rtl. 29 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

**den 30. Jannar 1850, Vormittags 11 Uhr,**

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserem Parteien-Zimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 18. Juni 1849.

Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Wallstraße Nr. 1b. belegenen, dem Partikulier Eduard Julius Gottheiner gehörigen, auf 21,400 Rthlr. 22 Sgr. 5 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den **28. November 1849,** Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 1. Mai 1849.

Königl. Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Tauenzienstraße Nr. 36 belegenen, dem Maurermeister Karl Peschek gehörigen, auf 6783 Rthlr. 15 Sgr. 1 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

**den 30. November 1849, Vormittags 11 Uhr**

vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Hoffmann in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe nnd Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden die unbekannten Interessenten der Adolph'schen Teichäcker-Pächtermasse hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 24. April 1849.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 33 in der Büttnerstraße belegenen, dem Gastwirth Robert Fränzel gehörigen, und ohne Rücksicht auf den Ertrag der Gastwirthschaft auf 31,498 Rtlr. 16 Sgr. 4 Pf. geschätzten Gasthauses, genannt zu den 3 Bergen, haben wir einen Termin auf **den 4. April 1849** Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Assessor Fürst in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine wird der Stadtrath Lehmann oder dessen Erben hierdurch vorgeladen.

Breslau, 30. Juli 1849.

Königl. Stadtgericht. Abtheilung I.

---

**Bekanntmachung.**

Behufs Verdingung des Landfracht-Transports der von dem unterzeichneten Montirungs-Depot an die königlichen Truppen und anderen Behörden zu versendenden Militär-Bekleidungs- 2c. Gegenstände auf 3 Jahre, und zwar vom 1. Januar 1850 bis incl. den 31. Dezember 1852 ist ein Termin auf

**den 30. Oktober d. J.**

im Bureau desselben, Dominikanerplatz Nr. 3, anberaumt. Die Annahme der versiegelten Submissions-Offerten findet nur im Termine in der Stunde

von 10 bis 11 Uhr Vormittags

von den cautionsfähigen Interessenten selbst oder deren Bevollmächtigten statt, welche auch der Punkt 11 Uhr erfolgenden Eröffnung derselben beizuwohnen haben.

Die dieser Entreprise zu Grunde liegenden Bedingungen können während der Amtsstunden in dem gedachten Bureau eingesehen werden.

Breslau, den 23. Oktober 1849.

Königliches Montirungs-Depot.

---

Ein Candidat der Theologie oder des höhern Schulamtes kann in der Lehranstalt des Unterzeichneten vom 1sten Januar 1850 ab eine Anstellung finden. Die nähern Bedingungen werden auf frankirte Anfragen gern mitgetheilt werden.

Ohlau, 25. Oktober 1849.

**Dr. Richter.**

**Bekanntmachung.**

Die Vormundschaft über unsere zeitherige Pflegebefohlene **Pauline Waliczek**, verehelichte Polizei-Sekretär **Krzewitz** zu Oppeln, welche am **1. Juli 1849** die Volljährigkeit erreicht hat, wird fortgesetzt und es bleibt daher deren Vermögen unter vormundschaftlicher Verwaltung, die Pflegebefohlene selbst aber in der Disposition darüber wie zeither beschränkt.

Ober-Glogau, den 22. Oktober 1849.
Königliche Kreis-Gerichts-Deputation.
Zweiter Bezirk.

**Bekanntmachung.**

Es ist höhern Orts bestimmt worden, daß das in einem Bretterschuppen beim Oberförster-Etablissement Dembio aufbewahrte **Jagdzeug**, bestehend in 9 Stück Prellnetzen von verschiedener Länge und Höhe, und 44 Gebund Laggen à 390 Fuß lang, öffentlich meistbietend verkauft werden soll. Der größere Theil dieses Jagdzeugs ist in gutem Zustande erhalten, und dürfte etwaigen Gebrauchszwecken noch vollkommen entsprechen. Termin zum Verkauf gedachten Jagdzeuges habe ich auf den **22. November d. J.**, von Früh 9 bis Mittags 1 Uhr in der Oberförsterei Dembio anberaumt, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade, und mit dem Bemerken: daß die Verkaufsbedingungen von heute ab sowohl bei mir als in dem Oberförster-Etablissement Dembio zur Einsicht bereit liegen; auch daß der gegenwärtige Verwalter der Oberförsterei Dembio die verkäuflichen Netze und Laggen Kauflustigen auf Verlangen vor dem Termin vorzeigen lassen wird.

Oppeln, den 22. Oktober 1849.
Der königliche Forstmeister **Bräuner**.

**Offener Arrest.**

Ueber den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns **Peregrin Beschorner** aus Mittelwalde wird in Folge der Eröffnung des erbschaftlichen Liquidations-Prozesses hierdurch der offene Arrest verhängt. Demnach werden alle Diejenigen, welche zu diesem Nachlasse gehörige Gelder oder geldwerthe Gegenstände hinter sich haben, angewiesen, solche binnen 4 Wochen bei dem unterzeichneten Gerichte anzuzeigen und mit Vorbehalt ihrer Rechte zur gerichtlichen Verwahrung anzubieten. — Wer dies unterläßt, geht seines Unterpfand- oder anderweitigen Rechts verlustig. Jede an die Erben oder sonst einen Dritten geschehene Zahlung oder Ablieferung wird aber für nicht erfolgt erachtet und das verbotswidrig Gezahlte oder Ausgeantwortete für die Masse anderweit beigetrieben werden.

Habelschwerdt, den 3. Oktober 1849.
Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

**Gasthofs-Verkauf.**

Der Gasthof zu den **„vier Linden"** in Sohrau O/S. soll im Wege der freiwilligen Privatlizitation verkauft werden. Hiermit beauftragt, habe ich zur Entgegennahme der Gebote Termin auf **den 5. November d. J.**, Vormittags 9 Uhr in Sohrau anberaumt und lade dazu Kauflustige und die etwaigen Interessenten ein.

Hypothekenschein und Bedingungen können täglich in meiner Kanzelei oder im Gasthofe zu den vier Linden in Sohrau eingesehen werden.

Rybnik, den 5. Oktober 1849.
**Bublatzki,**
Rechtsanwalt und Notar.

**Haus-Verkauf.**

Das der Frau Vermessungs-Revisor **Sabinski** gehörige, sub Nr. 16 in der Krakauer Vorstadt zu Oppeln, dem königl. Kreis-Gericht gegenüber gelegene, im guten Baustande befindliche Haus nebst Hofplatz und Garten, soll an den Meistbietenden verkauft werden.

Ich habe zu diesem Zweck einen Termin auf den **9. November**, Nachm. 3 Uhr, in meinem Geschäfts-Lokale anberaumt.

Hypothekenschein und Bedingungen können täglich in den Amtsstunden in meiner Kanzlei eingesehen werden.

Oppeln, den 24. Oktober 1849.
Der königliche Rechts-Anwalt
**Witzenhusen.**

**Auktion.** Den 6. Nov. d. J., Nachm. 2 Uhr, beginnt in Nr. 42 Breitestraße die Auktion der zum Dr. **Beilschmidt'schen** Nachlasse gehörigen Bücher und wird die folgende Nachmittage fortgesetzt.
**Mannig,** Auktions-Kommissarius.

Den nach Chili Auswandernden die Anzeige, daß Herr Dr. **Otto** den von mir verfaßten **Lehrgang zur Erlernung der spanischen Sprache** (bei J. Max und Komp. für 10 Sgr. zu haben) bei seinem Unterricht zum Grunde legen wird.
Dr. **Peucker.**

Une jeune Suisse qui enseigne grammaticalement la langue française, peut être recommandée à Pâques ou à la St. Jean. S'adresser franco C. S. Breslau, Neue Taschenstraße 6d, beim Haushälter abzugeben.

Leinen, halbleinenen und baumwollenen Drill empfing in Kommission und verkauft zu Fabrikpreisen
die Handlung Klosterstraße Nr. 16.

**3000 Rthlr.** (auch in guten Pfandbriefen) werden von einem pünktlichen Zinsenzahler auf dessen in der Kupferschmiedestraße gelegenem Hause zur 1. Hypothek à 5% — **ausgehend noch unter der Taxhälfte** — gesucht. Auskunft wird gütigst ertheilt: Kupferschmiedestraße Nr. 11, 2 Stiegen.

## Wiener Elysium.

**Täglich Concert.** Entree 2½ Sgr.

## Eunomia's

**Gesang-Vereins-Stiftungs-Ball**
im Liebichschen Lokale, Gartenstraße,
**Sonnabend den 27. Oktober.**
Anfang Abends 7 Uhr. **Der Vorstand.**

## Elisenbad.

Heute den 27. Oktbr. findet das 2. Familien-Kränzchen statt. Anfang 7 Uhr.

## Zur Einweihung

**des neuen Kaffeehauses in Kleinburg** mit **großem Konzert**, Sonnabend den 27. Oktober, ladet ergebenst ein:
**F. Klosse,** Cafetier.

Heute Sonnabend den 27. Oktober: Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** ladet ergebenst ein: **Höbel,** Schankwirth,
Wassergasse Nr. 17.

Heute Sonnabend den 27. Oktober im Zahn'schen Lokal:
**Wurst-Abendbrod mit Tanz.**
Entrée für Herren 7½ Sgr.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** auf Sonnabend den 27. Oktober, ladet ergebenst ein: **C. Thiel,**
kleine 3 Lindengasse Nr. 5.

**Fleisch-Ausschieben** und **Wurst-Essen**
Sonntag in Brigittenthal.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** nebst **Abendbrod** auf heute Sonnabend ladet ergebenst ein:
**Schütz,** Fischergasse Nr. 22.

Zum **Fleisch-** und **Wurst-Ausschieben** nebst **Abendbrod,** Sonnabend d. 27. Okt., ladet ergebenst ein: **Fröhlich,** Cafetier,
Tauenzienstraße Nr. 45.

Heute Sonnabend den 27. Oktober großes **Federvieh-Ausschießen** in der Gnadenfelder, früher Kleutscher Bierhalle, wozu ergebenst eingeladen wird.

Heute **Puffer-Abendbrot** mit Senf-Birnen; auch wird täglich zu jeder Zeit à la carte warm gespeist im weißen Engel, Kupferschmiede-Straße Nr. 11.

## Karl Wasser's

**Speditions-Geschäft i. Wien**
empfiehlt seine regelmäßigen, täglich abfahrenden

## Extra-Eilfuhren

**zwischen Wien u. Mürzzuschlag**
womit derselbe Expeditionen:

nach Gratz in 2 Tagen
„ Laibach in 4 „
„ Triest in 6 „
„ Verona in 12 „
„ Mailand in 18 „

zu billigst festgesetzten Frachtpreisen übernimmt.

Täglich werden auch Speditionen nach allen Richtungen des **In-** und **Auslandes** übernommen und auf die zweckmäßigste Weise zu den billigsten Bedingnissen besorgt.

Auf ein massives Haus, welches einen Taxwerth von 2,333 Rthlr. hat, werden zur ersten Hypothek **1000 Rthlr.** durch Cession von einem pünktlichen Zinsenzahler gesucht. Das Nähere weiset nach Herr **Mühlsteff,** Herrenstr. Nr. 18, eine Stiege, vorn heraus.

Eine wenig gebrauchte Fenster-Chaise steht zu verkaufen: neue Taschenstraße Nr. 4.

Ein geprüfter **Actuarius,** so wie ein gewandter **Secretair** mit juridischen Kenntnissen finden sofortige Anstellung, wenn sie sich Montag den 29. Oktober, Nachmittags zwischen 3—6 Uhr, bei dem Portier des Gasthofes zum weißen Adler melden und ihre Zeugnisse mitbringen.

In einer bedeutenden Provinzialstadt im Großherzogthum Posen, dicht an der schlesischen Grenze, ist ein **Gasthof,** massiv, mit bedeutenden Stallungen, bei ganz solider Anzahlung zu verkaufen und sofort zu übernehmen. Näheres unter der Adresse H. C. poste restante Festenberg.

Ein **Rittergut,** nahe an der Eisenbahn gelegen, circa 900 Morgen Areal, mit vollständigem Inventarium, guter Ernte und massiven Gebäuden, ist sofort mit 500 Rtlr. Anzahlung zu verkaufen. Auskunft ertheilt
**E. Mätschke,** Reuschestr. Nr. 2.

Eine **Wiener Chaise** mit Vorderverdeck und allem Zubehör, mit eisernen Achsen, im besten Zustand, und
Ein leichter halbgedeckter **Wagen** sind zu verkaufen. Näheres beim
Sattler **Beyer,** Schuhbr. Nr. 57.

Junkernstraße Nr. 31 ist eine möblirte Stube sofort zu vermiethen.

## Für Kürschner. Plüsch-Offerte!

Mein Lager von wollenen und seidenen Plüschen ist jetzt wieder neu und reichhaltig assortirt, so daß eingehende Aufträge nunmehr pünktlich effektuirt werden können. — Die neuen grau großgelockt wollenen, so wie punktirt seidenen Plüsche, sind außer den bekannten Sorten in allen Gattungen auch wieder zu haben. Auf mein Lager von Mützentuchen bitte ich gleichzeitig zu reflektiren. Fabrikpreise werden zugesichert.
**Emanuel Hein,** Ring Nr. 27, neben dem goldnen Becher.

## Für Brauer.

Ein vorzüglich bewährtes Recept zur Fabrikation des **englischen Porter** ist durch freie Einsendung von 2 Dukaten an Unterzeichneten zu erlangen.
**J. Kozlowsky,** Kellermeister,
in Rybnik in O.-S.

Weiß-Nätherinnen werden gesucht Ohlauer-Straße Nr. 54, im dritten Stock.

## Pupillen-

Gelder à 1 — 6000 Thlr. sind, **auf in der Stadt gelegene Häuser,** — jedoch nur bis ⅓ der Taxe, — **sofort** zu vergeben Kupferschmiedestraße Nr. 11, 2 Stiegen.

## Hamburg. Rauchfleisch

empfing und empfiehlt:

## Christ. Gottl. Müller.

## Eine Drehbank

mit einem Schwungrade ist billig zu verkaufen Karlsstraße Nr. 16, 3 Stiegen.

Tüchtige **Hausknechte** und **Kutscher** werden nachgewiesen im Komptoir des
Kommissionär **Trenkler,**
Ohlauerstraße 77.



**Verkauf.**
Matthias-Straße Nr. 87 steht ein **fehlerfreies Pferd,** zum Fahren und Reiten sich eignend, billig zum Verkauf.

Eine starke, braun- und weißgefleckte Wachtelhündin, auf den Namen „Aline" hörend, ist in der Nähe von Kleinburg verloren gegangen, und wird um deren Abgabe, Schweidnitzer Straße Nr. 36 im Gewölbe, gegen Vergütigung ersucht.

Schuhbrücke Nr. 46, 2 Stiegen, ist Stube mit Alkove möblirt sofort zu beziehen.

Büttnerstraße Nr. 32 ist der erste Stock zu vermiethen und Weihnachten zu beziehen, enthält 5 heizbare Zimmer nebst Schlafkabinet, Küche, Keller und Bodengelaß; desgleichen eine kleine Wohnung zu einige 40 Thlr.

**Vermiethungs-Anzeige.**

Große und kleine Wohnungen sind billig zu vermiethen Sandstraße Nr. 12, an der Promenade. Das Nähere daselbst beim Haushälter.

**Zu vermiethen** Ohlauerstraße Nr. 43 ein Gewölbe nebst daran stoßender Wohnung, sogleich oder zu Weihnachten zu beziehen. Das Nähere im 1sten Stock.

Eine freundliche Stube, mit oder ohne Möbel, ist zu vermiethen und bald zu beziehen, Oder-Vorstadt, Rosenthalerstraße Nr. 4, drei Stiegen, Eingang links.

Friedrich-Wilhelmsstr. Nr. 8 sind mehrere freundliche Wohnungen in der 1., 2. und 3. Etage, bestehend aus je vier Piecen, nebst Zubehör, Gartenbenutzung, auch Stallung und ebenso ein Keller mit dem Eingange von der Straße, zu vermiethen.

Möblirte Zimmer sind auf Monate und Quartale billig zu vermiethen. Näheres beim Gastwirth zum weißen Storch, Antonien- und Wallstraße.

Die Hälfte der 3ten Etage Ohlauerstraße Nr. 43 ist veränderungshalber **sogleich oder zu Weihnachten billig** zu vermiethen.

**Zu vermiethen**
ein geräumiges Quartier in der 2ten Etage Junkernstraße Nr. 31.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Frau von Haugwitz aus Freistadt. General-Major von Schönermark aus Potsdam. Freiherr von Stillfried aus Wien kommend. Major von Raven und Major von Podewils aus Brieg. Kammerherr von Dallwitz a s Leipe. Apotheker Stahn a. Beuthen. Kaufmann Sagel aus Dresden. Kaufmann Cardony aus Bordeaux.

| 25. u. 26. Okt. | Abd. 10 U. | Mrg. 6 U. | Nchm. 2 U. |
|---|---|---|---|
| Barometer | 27″10,57‴ | 27″9,39‴ | 27″8,6‴ |
| Thermometer | + 7,3 | + 5,1 | + 11,2 |
| Windrichtung | OSO | SSW | W |
| Luftkreis | heiter | heiter | halbheiter. |

**Getreide- Oel- u. Zink-Preise.**
Breslau, 26. Oktober.

| Sorte: | beste | mittle | geringste |
|---|---|---|---|
| Weizen weißer | 61½ Sg. | 54 Sg. | 47 Sg. |
| „ gelber | 57 „ | 52 „ | 44 „ |
| Roggen . . | 29 „ | 27 „ | 25 „ |
| Gerste . . | 25 „ | 23 „ | 21 „ |
| Hafer . . . | 18½ „ | 17½ „ | 16½ „ |

Rother Kleesaamen . 8½ bis 11½ Thlr.
Weißer „ . 5½ bis 11¾ „
Spiritus 6⅓ zu bedingen.
Rohes Rüböl 15 Thlr. Gl.
Zink loco 4⅕ Gld.
Rapps 110. 107. 105.
Rübsen 95. 93. 91.

## Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Abg. nach / Ank. aus | Oberschles. | Pers.-Züge | 7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg. | | |
| Abg. nach / Ank. von | Berlin | Pers.-Züge | 7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A. | Güter-Züge | 12 U. 15 M. Mitt. / 5 U. Nachmitt. |
| Abg. nach / Abg. von / Abg. von | Freiburg / Schweidnitz | tägl. | 8 U. — M., 5 U. — M. / 7 U. 15 M., 5 U. 18 M. / 7 U. 10 M., 5 U. 15 M. | Außerdem Sonntag, Mittwoch u. Freitag, | 1 U. — M. Mitt. / 1 U. 18 M. „ / 1 U. 15 M. „ |

**Auktion in Breslau.**

27. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, Breitestraße Nr. 42, diverse Weine, Cigarren und eine Partie Eau de Cologne.

**Börsenberichte.**

**Paris,** 23. Oktober. 3% 55. 80. 5% 88. 10.

**Berlin,** 25. Oktober. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 94 à ¼ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 66½ bez. und Br., Prior. 4% 85 Br. Friedrich-Wilhelms Nordbahn 54 à 53⅔ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 84 à ¼ bez., Prior. 4% 93½ bez. und Br., Prior. 5% 102⅝ Br., Ser. III. 5% 100¾ Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 30½ Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 106⅛ bez. und Gl., Litt. B. 103½ Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106¼ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88½ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 100⅝ bez. Posener Pfandbriefe 4% — 3½% 89¾ Br. Preußische Bank-Antheile 97¾ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gl., neue 4% 95 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 81¼ Gl., à 300 Fl. 110 Gl.

Bei äußerst beschränktem Geschäft waren die Kourse von Fonds und Aktien ziemlich unverändert. Staats-Schuld-Scheine flauer, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien Anfangs der Börse begehrt, schließen wieder niedriger.

**Breslau,** 26. Oktober. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Gl. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112 7/12 Br. Polnisches Courant 95⅔ Gl. Oesterr. Banknoten 96¼ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101¾ Br. Freiwillige Preußische Anleihe 106 Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% 89 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100 Br., neue 3½% 89½ Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 94¾ Gld., Litt. B. 4% 98½ Gl., 3½% 93⅓ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 94⅚ Gld. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 78½ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 106¾ Br., Litt. B. 103½ Gld. Krakau-Oberschlesische 66¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 84¾ Br., Priorität 5% 102 Gl. Serie III. 100¾ Gld. Neisse-Brieger 42¼ Br. Köln-Mindener 94 Gl. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 53 Gl.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.